

Dp c

AntifaZ

Antifaschistische Zeitung

Internationalismus-Archiv
c/o Geschichtswerkstatt Dortmund e.V.

Am Ostpfad 27

4800 Dortmund 30

POGROME VERHINDERN!



ZUR
LAGE IN
KURDISTAN

KRIEG
AUF DEM
BALKAN

1992

HEFT 38

NOV/DEZ

7. JAHRGANG

DM 2,50

In diesem Heft:

Einleitung	
Keine Grundgesetzänderung!	S. 3
Aufruf zur Demo am 14.11. in Bonn	S. 4
Krieg auf dem Balkan, Teil I	S. 5
Interview mit Teilnehmer einer Delegation nach Bosnien	S. 6
Zur Lage in Kurdistan	S. 9
Britische Unterhausdelegation über die Zerstörung von Sirnak	S.13
Stellungnahme der PKK	S.17
"Güneydogu Anadolu Projesi"	S.18
Neues von der "Neuen Ethik"	S.20
Die Bioethiker-Szene macht ernst	S.21
Frauen und die russische Oktoberrevolution	S.23
Langer Marsch gegen Rassismus - Eine Bilanz	S.26
Debatte: Sexismus	S.28
Impressum	S.30
Albanischer Kulturabend in Herten	S.32
SchülerInnen gegen Rassismus in Waltrop	S.33
Rauschkulturfest in Krefeld	S.34
Protest gegen Rüge in Dortmund	S.35
	S.36

Verkaufsstellen:

Dortmund
 - Geschichtswerkstatt
 - Atom-Stop-Büro
 - Checcoolala
 - Cafe Samowar
 - Taranta Babu Buchladen
 - Litfaß-Buchladen
 - Erpel

Herne
 - Sonne
 - Kornmühle
 - Informationszentrum 3. Welt

Recklinghausen
 - Attatroll-Buchladen
 - Sonnenblume-Naturkostladen
 - Drübbelken
 - Grünes Büro

Bochum
 - "Notstand" im Uni-Antiquariat

ANZEIGE

Straßencafé



Tel. 0231/104916 · So.-Fr. 10-22 Uhr · Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) · 4800 Dortmund 1

Münster
 - Cafe Malik
 - Cafe Prütt
 - Frauenstr. 24
 - Litfaß

Marl
 - Bücherladen

Herten
 - Büchereule

Duisburg
 - Buchhandlung "Weltbühne"

Marburg
 - Buchladen "Roter Stern"

Gladbeck
 - Annes Naturkostladen

EINLEITUNG

Zwar noch nicht mit neuer Technik, aber wie gewohnt vielfältig in der Themenauswahl, erscheint die letzte AntifaZ-Ausgabe für das Jahr 1992.

Am Anfang steht - keine Frage - der augenblickliche Widerstand in Deutschland gegen die vereinten Versuche von CSU bis SPD, das **Grundrecht auf Asyl** zu beseitigen. Die **Demonstration am 14. November in Bonn** ist vermutlich eine der wichtigsten in diesem Jahrzehnt, obwohl sie nicht verhindern wird, daß der Sonderparteitag der SPD eine "Kompromißformel" beschließen wird, die aber das politische Signal "Wir sind zur Änderung des Grundgesetzes bereit" beinhalten wird. Und genau das ist der Zweck der Kampagne - es weiß natürlich jeder der herrschenden Politiker, daß es keineswegs um eine angeblich nicht mögliche Trennung zwischen "Flüchtlingen" und "wirklich politisch Verfolgten" geht - die wäre jederzeit möglich, wenn die BRD zu irgendeinem Zeitpunkt die von ihr unterschriebenen Abkommen der **Genfer Flüchtlingskonvention** angewendet hätte. Wie wenig sie dazu bereit ist, zeigt sich zur Zeit wieder, wenn kein einziger Flüchtling aus Bosnien in der BRD Aufenthalt findet. Und die gleichen Leute, die dies ablehnen, lügen uns nun vor, sie wollten den Grundgesetzparagraphen der Genfer Flüchtlingskonvention anpassen.

Nein, es geht ihnen einzig und allein darum, die "Festung Europa" nach außen dicht zu machen, den Nationalismus weiter zu stärken, der "Deutschland über alles" schreit, die neofaschistischen Gruppen als "Hilfstruppen" weiter aufzupäppeln, um gegenüber dem wachsenden Widerstand der Menschen gegen **Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Verelendung und Perspektivlosigkeit** ein geeignetes Mittel zu finden: Die **Fremden** sind heutzutage "unser Untergang" - das kommt inzwischen vielen dann doch recht bekannt vor!

Während hierzulande der Rechtsruck vonstatten geht, allerdings gegen wachsenden Widerstand, führt der **Waffenbruder Türkei** mit den gelieferten deutschen Waffen einen mörderischen **Vernichtungskrieg gegen die PKK**. Wir berichten ausführlich über Kurdistan.

Auch der **Krieg auf dem Balkan** nimmt immer grausamere Formen an, ein Grund mehr, warum wir uns entschlossen haben, eine Artikelserie über die historischen Hintergründe dieses Krieges zu bringen - wir beginnen mit dem ersten Teil einer Serie, der die geschichtliche Entwicklung bis zum 1. Weltkrieg aufzeichnet. Parallel dazu ein Interview mit Gazi, einem Teilnehmer einer muslimischen Hilfsdelegation nach Bosnien, deren Aufenthalt durch den Mord an sieben ihrer Mitglieder auf brutale Weise beendet wurde.

Was gibt es noch?

Berichte über Aktionen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, vom **Rauschkulturfest in Krefeld**, von einer Veranstaltung in Duisburg über **Frauen und die russische Oktoberrevolution**, vom "Langen Marsch gegen Rassismus und für gleiche Rechte", etc.

Besonders verweisen wollen wir zum Schluß auf einen gemeinsamen Beitrag unserer Redaktion unter der Rubrik **Debatte**, der aus aktuellem und weniger aktuellem Anlaß erscheint:

Widerstandsformen gegen Sexismus

Das wärs für heute, wir sehen uns in Bonn,

Eure

AntifaZ-Redaktion

KEINE GRUNDGESETZÄNDERUNG! RECHTSRUCK STOPPEN!

Sie haben recht: Es sind Wellen, die über uns hinwegrollen. Je mehr man sich duckt - oder gar nach unten tritt -, desto höher steigt diese Flut: die Flut des Rassismus. In Kürze sollen neue Schleusen geöffnet werden - auf dem SPD-Parteitag.

Dabei sieht es auf den Bezirks- und Landesparteitagen dieser Partei gar nicht danach aus. In Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Bremen, in den Bezirken Westliches Westfalen und Mittelrhein gab es - oftmals überraschend klare - Mehrheiten **gegen** die Linie der Parteiführung. Auch ist der Inhalt der Positionen, die bei diesen Parteitagen die Mehrheit erhielten, keineswegs "nur" gegen die Petersburger Beschlüsse gerichtet. So stimmten die oberbayrischen Sozialdemokraten **"gegen eine Änderung der Asylbestimmungen im Grundgesetz"**, und dies mit 94 zu 20. Auf solch einer Grundlage könnte es auf dem SPD-Parteitag Mitte November durchaus zu einer Mehrheit gegen jede Grundgesetzänderung kommen. In dem gegenwärtigen Klima wäre dies außerordentlich wichtig. Wenn Engholm und Klose anklingen lassen, in solch einem Fall stände ihr Rücktritt an, wenn Oskar Lafontaine in solch einem Beschluß einen Ausdruck der "Handlungs-" und "Regierungsfähigkeit" der SPD erblickt, ist festzustellen:

Von der SPD wird nicht mehr und nicht weniger verlangt, als **gegen den Rassismus zu handeln** und sich **fähig einer demokratischen Opposition** zu erweisen. Es geht nicht, wie Lafontaine behauptet, darum, daß, wenn die "SPD nicht handelt, die Republik Schaden nimmt."

Es geht um Menschen, um Flüchtlinge, die dann immer mehr Schaden nehmen, wenn dem Rassismus weitere Schleusen geöffnet werden. "Jetzt übernimmt der Mob die Kontrolle des Zuzugs", behauptet Lafontaine und fordert eine Zuzugskontrolle bei gleichzeitiger Streichung des individuellen Grundrechts auf Asyl. In Wirklichkeit bestimmt der Mob nicht Zuzug, sondern Umzug und Wegzug von Flüchtlingen. Würde ein Zuzug "geregelt", so bliebe das Ziel rassistischer Hetze und Attacken in ausreichender Zahl im Lande: fünfmillionenfach.

Gestatten wir uns nochmals einen ruhigen Blick auf die Fakten:

- Kosten die Flüchtlinge die Deutschen zu viel Geld?

Wenn Geld das Argument wäre, so hätten diejenigen, die gegen Flüchtlingsheime vorgehen oder dem Mob Beifall klatschen, in Bonn demonstriert, als dort die 20 Milliarden Mark für den Golfkrieg beschlossen wurden. Dann würden diese Riesenhubers Villa abfackeln, weil dieser 10 Milliarden Mark für Magnetbahn und Weltraumfahrt vergeudet. Dann würden diese vor den Villen der Flick, Quandt und Thyssen demonstrieren und die Herausgabe der 600 Millionen Mark fordern, die auf Unternehmerkonten zu Spekulationszwecken parken.

- Sind es die Flüchtlinge, die den deutschen Wohnraum belegen?

Das Beispiel Niedersachsen: 1991 kamen in dieses Bundesland 100.000 Menschen aus den neuen Bundesländern, 25.000 Ausländer und 23.000 Flüchtlinge.

- Sind die Belastungen **insgesamt** zu hoch?

In den Jahren 1948 bis 1961 kamen über 10 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland; Reallöhne und Wohnfläche, die jedem und jeder zur Verfügung standen, lagen jeweils bei einem Drittel des heutigen Niveaus. Es wurde nicht gezündelt, nicht aufgeklatscht, nicht (in dieser Sache) am Grundgesetz herumgefummelt.

Nein, es ist und bleibt **Rassismus**, um den es geht. Allgemein heißt dies: Der Grundsatz, daß alle Menschen unabhängig ihrer Klasse, ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Nationalität oder ethnischer Herkunft **gleich** sind, wird in wachsendem Maß und bis in die Linke hinein in Frage gestellt. Konkret ist es Ausdruck von Rassismus, wenn der niedersächsische Ministerpräsident und SPD-Linke Gerhard Schröder von "Problemen mit der Fremdheit von Menschen, die sich den Gepflogenheiten des Gastlandes nicht anpassen wollen", spricht und dies konkretisiert mit: "Hier spielen die Sinti und Roma eine

Rolle, die in besonderem Maß anpassungs-unwillig sind" (Augsburger Allgemeine Zeitung vom 17.10.1992).

Heute zeichnet sich ab, daß es diese SPD-Linke sein wird, die dem Rassismus die nächste Schleuse öffnet. Während auf den Landes- und Bezirksparteitagen faktisch für oder gegen Änderung des Grundgesetz-Artikels 16 entschieden wird, bereitet diese SPD-Linke für den Bundesparteitag eine Verteidigungslinie vor, die keine ist: Grundgesetzänderungen ja & hier & dort, in Übereinstimmung mit der Genfer Flüchtlingskonvention, mit Blick auf die EG und überhaupt bei Wahrung allerlei hehrer Grundsätze... **Jedes** ja der SPD zur

Änderung des Asylartikels muß heute funktionalisiert werden für eine weitere Steigerung des Rassismus. Ein Nein, das hält sich die SPD-Bundestagsfraktion an Parteitagebeschlüsse - immerhin der Bonner Koalition jede Grundgesetzänderung verunmöglicht, könnte zumindest Ausgangspunkt der erforderlichen breiten demokratischen Bewegung gegen Rassismus und neuen Nazismus sein, die zumindest von Teilen der SPD und der Gewerkschaften mitgetragen würde.

Winfried Wolf

(zuerst erschienen in: SoZ Nr. 21 vom 22.10.1992)

POGRROME VERHINDERN!

Aufruf zur Demonstration

am 14. November in Bonn

Tagtäglich werden ImmigrantInnen und Flüchtlinge angegriffen. Die Provokateure und Nutznießer sind die Politiker und Verwaltungsstrategen der herrschenden politischen Parteien CDU/CSU/FDP/SPD incl. ihres Polizeiapparates.

Das Mittel ist die seit Jahren immer zugespitzter diskutierte Asylrechtsdebatte. In ihr wird suggeriert, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr in der Lage wäre, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Kein Thema sind dagegen die Fluchtursachen, die allesamt Ergebnis der jahrhundertelangen ungleichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen "Erster" und "Dritter Welt" sind: Gewalt gegen Frauen, ökologische Zerstörungen, soziale und ökonomische Verelendung, politische Verfolgung u.v.m.

Die Methoden der Zuspitzung sind klar: * Alle Flüchtlinge werden in das Asylverfahren gedrängt, auch diejenigen, die eigentlich nicht um politisches Asyl nachsuchen würden, sondern vor Bürgerkriegen etc. fliehen bzw. schlichtweg einwandern wollen.

* Alle Flüchtlinge werden in Heimen bzw. mittlerweile in Sammellager gebracht, die der Menschen nicht würdig sind.

* Alle Flüchtlinge bekommen nur den verringerten Sozialhilfesatz und werden zu meist in Gutscheinen oder in Vollverpflegung "ausgezahlt" - unabhängig von ihren kulturellen und/oder religiösen Gepflogenheiten.

* Alle MigrantInnen sind durch das AusländerInnengesetz zu Menschen zweiter Klasse gestempelt.

Die Bundesregierung versucht, mit dieser Politik im Rahmen einer europäischen Vereinheitlichung die Außengrenzen gegen die noch zu erwartenden Flüchtlingsströme abzuschotten.

Dem entspricht der Versuch, die militärische Handlungsfähigkeit im internationalen Maßstab wiederzuerlangen, um ihre bereits bestehende ökonomische Rolle auf den Weltmärkten und in der internationalen Politik zu unterstreichen. Die Blauhelm-Debatte hat die Funktion, out-of-area-Einsätze "gesellschaftsfähig" zu machen.

Nicht zufällig kippt die SPD gerade jetzt in beiden Fragen. Der SPD-Vorstand hat in seiner Petersburger Erklärung die Weichen für die notwendigen Grundgesetzänderungen in der Frage des Asylrechts wie auch der Bundeswehreinsätze gestellt. Die GG-Änderungen sind nur mit der SPD möglich.

Auf einem Sonderparteitag der SPD am 16. und 17. November soll sich nun die ganze Partei dieser Haltung anschließen.

Verhindert die Grundgesetzänderung!

Kommt zur Großdemonstration nach Bonn am 14. November um 12.00 Uhr!

Grenzen auf für alle!

KRIEG AUF DEM BALKAN - TEIL I

Seit nunmehr bald 20 Monaten tobt der Bürgerkrieg in Gebieten des ehemaligen Jugoslawien. Einst ein Staat in Mittel- und Südost-Europa - Jugoslawien grenzte an Italien im Westen, im Norden an Österreich und Ungarn, im Osten an Rumänien und Bulgarien und im Süden an Griechenland und Albanien - heute ein Gebiet, in welchem nationalistische Herrschaftsgruppen die Völker in ein blutiges Gemetzel gestürzt haben, dessen Ende auf lange Zeit nicht in Sicht erscheint.

Um die Hintergründe der Entwicklung dieses Krieges zu ergründen, wollen wir eine Artikelserie veröffentlichen, die Holger Wittgen mit einer historischen Darstellung bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges einleitet.

Unser "Streifzug durch die Geschichte" beginnt im vierten Jahrhundert vor Christus. Zu diesem Zeitpunkt bewohnen die **Illyrer** das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien. Während sie mit einer eigenständigen Staatsgründung beginnen, gründen die Griechen an der Küste Kolonien, und die Makedonier besiedeln den Balkan. Einige Jahre darauf, so zwischen 229 und 219 v.Chr., erobert das **Römische Reich** im Krieg gegen illyrische Piraten die dalmatinische Küste. Aber erst im 2./1. Jahrhundert v.Chr. gelingt es den Römern, auch die im Binnenland lebenden Stämme der Illyrer zu unterwerfen und die Provinz **Illyricum** zu gründen.

Die Illyrer spielen für die Historiker der heutigen Zeit eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit dem **Kosovo**, darauf wird in einer späteren Folge eingegangen. Im 3. Jahrhundert n.Chr. wird die Provinz **Illyricum** für das Römische Reich zum wichtigsten Rekrutierungsgebiet der Armee. Es ist nicht verwunderlich, daß zahlreiche Kaiser (z.B. Diokletian und Konstantin d.G.) illyrischer Herkunft sind. Im Jahre 395 (Reichsteilung) wird Illyricum zwischen West- und Ostrom aufgeteilt.

Die zwei Jahrhunderte später einsetzende Völkerwanderung bringt großes Elend über das Gebiet, da Hunnen und Germanen verwüsten, was es zu verwüsten gibt. Im 6. Jahrhundert kommt es zu ersten Einfällen slawischer Stämme. So wandern z.B. die **Serben** aus Nordosten in das Gebiet des heutigen Serbien ein und vertreiben dadurch die einheimische Bevölkerung der Illyriker in die gebirgigen Landesteile. Gleichzeitig wandern auch die **Kroaten** von Norden in das Gebiet des heutigen Kroatien ein. Trotz dieser Zuwanderung verbleibt das Gebiet weiterhin unter byzantinischem, bulgarischem und fränkischem Einfluß.

Im Jahre 790 gelangt auch **Slowenien** unter fränkischen Einfluß und gehört bis zum Zweiten Weltkrieg zu **Österreich**.

Die Staatgründung der Slawen beginnt ca. 130 Jahre später mit der Herrschaft König **Tomislaws** (910-928). Ihm gelingt es um 924, die Herrschaft des byzantinischen Reiches über Kroatien abzuschütteln und ein eigenes Königreich zu gründen, welches 1102 mit Ungarn vereinigt wird. Ab ungefähr 1150 gelingt es den **Venezianern**, die maßgeblich für den Raubbau an den Wäldern der dalmatischen Küste verantwortlich zu machen sind (Schiffsbau), die istrische Küste zu besetzen und in den nächsten Jahrhunderten fast die gesamte östliche Adriaküste zu erobern



Den Serben, die, wie erwähnt, vom 8. bis 12. Jahrhundert fast ununterbrochen unter bulgarischer und byzantinischer Herrschaft standen, gelang es um 1180, sich vom byzantinischen Reich zu lösen und das **Altserbische Reich** zu gründen. Groß-

fürst **Stephan Nemanja** (1169-1195) gelang es in diesem Zusammenhang 1171, die serbische Einheit herzustellen.

Die größte Ausdehnung erreichte das Reich unter Stephan Duschan (1131-1155), der Makedonien, Thessalien, Albanien und Epirus für das serbische Reich eroberte. Aufgewertet wird das Altserbische Reich im Jahre 1219 durch die Anerkennung der Eigenständigkeit der serbisch-orthodoxen Kirche durch Byzanz.

Bosnien, das vom 12. bis 14. Jahrhundert unter ungarischer Oberhoheit stand, gelang es 1371 unter Fürst **Stephan Tvrtko** (1353-1391), das bosnische Großreich Bosnien zu gründen, welches Teile Serbiens, Kroatiens und der Herzegovina umfaßte.

Interessant wird die Geschichte des ehemaligen Jugoslawien mit dem Einfall der **Türken**.

1355 überschreiten die Türken die Dardanellen und beginnen ihren Siegeszug in Europa. 34 Jahre danach, am 28. Juni 1389, beginnt die legendäre Schlacht auf dem **Amselfeld**.

Das Amselfeld (Kosovo polje) befindet sich in einer von Bergen umgebenen Hochebene des Kosovo. Dort kämpften Fürst Lazar auf serbischer gegen Sultan Murat I. auf türkischer Seite. Die moderne Geschichtsschreibung geht davon aus, daß die Streitmacht auf beiden Seiten etwa 30 000 Mann betrug, eine für damalige Verhältnisse beachtliche Größe.

Das serbische Heer unterlag den Türken, und Fürst Lazar wurde von den Osmanen

gefangengenommen und noch auf dem Schlachtfeld enthauptet.

Mit dieser Niederlage endete das mittelalterliche Reich der Serben. Den Osmanen stand nun der Weg nach Norden und Westen offen. Sie nutzten diese Möglichkeit aber nicht, da ihr Reich in Anatolien von den Mongolen bedroht wurde. Das Land zwischen Donau, Save, Drina und Timok wurde nun aber tributpflichtig.

Im weiteren Verlauf der Vorherrschaft der Osmanen auf dem Balkan wird 1436 Bosnien an die Türken tributpflichtig und später von diesen besetzt, 1482 die Herzegovina unterworfen und 1499 ein wesentlicher Teil Montenegros dem Osmanischen Reich eingegliedert.

Der größte Teil "Jugoslawiens" verbleibt in den darauffolgenden Jahren bis zum Ersten Weltkrieg unter der Herrschaft der Osmanen. Der Einfluß der anderen Mächte (Ungarn, Habsburg und Venedig) erstreckt sich lediglich auf die Adriaküste, Slowenien und Teile Kroatiens.

Da **Habsburg** 1526 die ungarische Krone gewinnt, gehört Kroatien bis zum Ende des Ersten Weltkriegs zu Österreich.

Österreich kann seinen Einfluß auf dem Balkan nach dem Ende der Republik Venedig noch weiter ausdehnen. So gewinnt es 1797 (Friede von Campo Formio) bzw. 1815 (Wiener Kongreß) auch Dalmatien.

Ich sprach die Frage der Herkunft der Albaner im Kosovo bereits an - sie ist sehr umstritten. Das Problem entsteht an der Frage, ob die Albaner als Nachfahren der Illyrer und somit als Ureinwohner des Kosovo bezeichnet werden können. Dazu später mehr.

Die **Türken** wurden 1683 vor **Wien** geschlagen. Den kaiserlichen Truppen gelang es im weiteren Verlauf, 1686 Budapest und 1689 Belgrad zu erobern. Das Osmanische Reich schien den Einfluß auf seinen europäischen Teil zu verlieren.

Unter der Führung des Generals Eneas Piccolomini zerstörte das Habsburger Heer Skopje. Daraufhin wurde die Bevölkerung von Kaiser Leopold I. zum Widerstand gegen das Osmanische Reich aufgefordert. Sowohl die Serben als auch die Albaner lehnten sich daraufhin auf. Die Bevölkerung glaubte schon an ein Ende der Fremdherrschaft, da starb General Piccolomini in Prizren an der Pest. Seine Nachfolge trat der Herzog von Holstein an, der einen fast unlösbaren Konflikt bewältigen sollte. Denn das Habsburger Reich wurde mittlerweile im Westen von Ludwig XIV.

ANZEIGE



CILA
CAFÉ IM LANGEN AUGUST

Mo-Fr 10-22 Uhr
So 10-19 Uhr

Braunschweiger Str. 22/Nordmarkt
46 Dortmund 1 · Telefon 83 01 47

(dem "Sonnenkönig") bedroht. Demzufolge mußte Kaiser Leopold sich mit einem Truppen aus dem Balkan zurückziehen und überließ somit die Serben und die Albaner der Rache der Türken.

Nach dieser Niederlage gelingt es den Serben erst ab 1804, Schritt für Schritt eine autonome Stellung zu gewinnen. Serbien wird nach Aufständen gegen das Osmanische Reich zusammen mit Montenegro nach dem Berliner Kongreß unabhängig.

1882 wird Serbien Königreich.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts (1908) werden Bosnien und die Herzegowina von Österreich-Ungarn annektiert.

In den zwei darauf folgenden **Balkan-kriegen** (1912/1913) ging es um die europäische Gebietsteilung des sich in Auflösung befindlichen Osmanischen Reichs. Im Jahr 1912 bildet sich der "Balkanbund" (vier zweiseitige Verträge) zwischen Bulgarien, Griechenland, Montenegro und Serbien. Der Balkanbund kam unter maßgeblicher Beteiligung Rußlands zustande und hatte das Ziel, die türkische Herrschaft auf dem Balkan zu beenden. Dies gelang den Verbündeten auch im Ersten Balkankrieg (8. Oktober 1912 - 30. Mai 1913). Bis auf einen kleinen Gebietsstreifen um Konstantinopel verloren die Türken sämtliche von ihnen annektierten Gebiete in Europa. In diesem Zusammenhang entstand nun **Albanien** als eigenständiger neuer Staat.

Der Balkanbund brach aber über den Streit um die Aufteilung der eroberten Gebiete auseinander. Diese Auseinandersetzungen

hatten den zweiten Balkankrieg (29. Juni - 10. August 1913) zur Folge. Serbien wurde in diesem Konflikt von Bulgarien angegriffen, das seine Interessen in Makedonien bedroht sah.

Bulgarien unterlag jedoch, da die Serben auf die Unterstützung der Türkei und Rumäniens bauen konnten. Makedonien wurde schließlich am 10. August 1913 im Frieden von Bukarest zwischen Serbien und Griechenland aufgeteilt.

Der Erste Balkankrieg wird als Ursache für die Spannungen zwischen den Serben und den Albanern in diesem Jahrhundert verantwortlich gemacht, da Tausende von Albanern unter die serbische Herrschaft gezwungen wurden. Die Serben ihrerseits sprachen den Albanern ihre kulturelle Identität ab und bezeichneten sie als "Türken", die es zu bekämpfen galt.

Der "Krisenherd Balkan" wird auch als auslösender Faktor des Ersten Weltkriegs bezeichnet - in den offiziellen Geschichtsbüchern.

Die durch die Unabhängigkeit Serbiens gestärkte nationale Bewegung strebte eine Befreiung des Balkans von der verbliebenen Fremdherrschaft an (Österreich-Ungarn). Dieser Bewegung wird das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo angelastet. Folge dieses Attentats ist, daß am 28.7.1914 Österreich Serbien für den Mord verantwortlich macht und dem Land den Krieg erklärt.

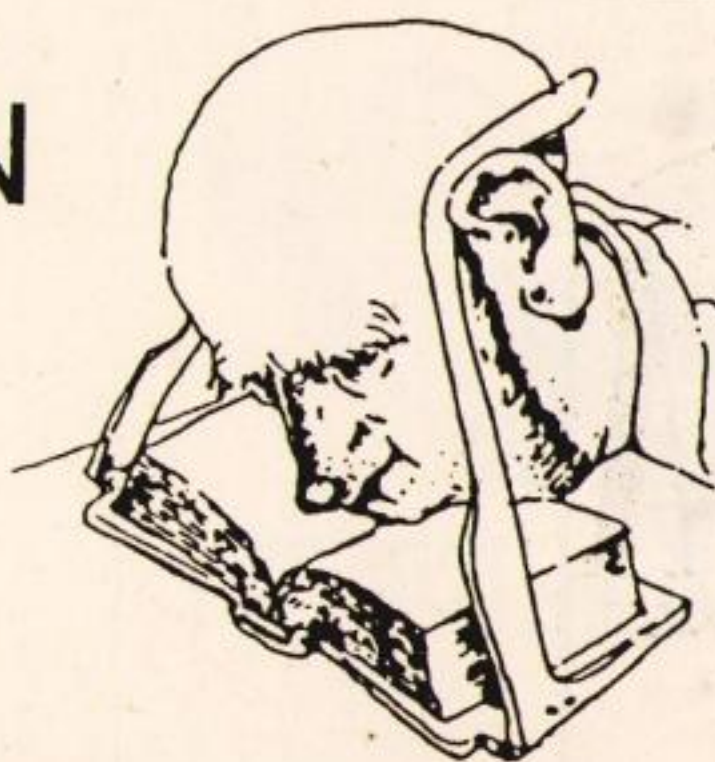
Der **Erste Weltkrieg** beginnt.

Holger Wittgen

Anzeige

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK • SOZIALWISSENSCHAFTEN •
KOMMUNIKATIONS- UND SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE • ÖKONOMIE •
POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER • MÄNNER • GROSSES
ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

Dortmund 1, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

INTERVIEW MIT TEILNEHMER EINER MUSLIMISCHEN HILFS- DELEGATION NACH BOSNIEN

Unsere Redaktion hatte Gelegenheit zu einem Interview mit Gazi, der an einer Delegation von Studenten unterschiedlicher Nationalität, welche an verschiedenen deutschen Unis studieren, nach Bosnien-Herzegowina teilgenommen hat. Die Gruppe wollte in den Semesterferien drei Monate dort bleiben und vor Ort Hilfe unterschiedlichster Art leisten - wie es zu dem abrupten und grauenhaften Abbruch dieses Unternehmens kam, wird in dem Interview deutlich.

AntifaZ: Was war der Anlaß Eurer Fahrt, welche Ziele verfolgte die Delegation?

Gazi: Wir sind nach Bosnien-Herzegowina gefahren, um uns vor Ort über die Situation dort zu informieren und dies den übrigen Studenten in Deutschland mitzuteilen, zu zeigen, wie es um die Bosnier bestellt ist, auch um Hilfsgüter, die wir gesammelt haben, dorthin zu bringen...

AntifaZ: Welcher Art waren die Hilfsgüter, die ihr gesammelt hattet?

Gazi: Wir hatten eine Kleidersammlung gestartet, Kleider natürlich speziell für die dortigen Bedürfnisse, zum anderen Verpflegungsgüter, denn die Leute dort haben fast nichts, um sich zu ernähren, Sachen wie Nudeln und Reis, die länger haltbar sind, dazu kamen einige Geräte wie Radios u.ä., die dort gebraucht werden und nicht vorhanden sind.

AntifaZ: Wie ist eure Gruppe denn zustande gekommen, wie habt ihr euch vorbereitet, wußtet ihr, was euch dort erwartete?

Gazi: Im Prinzip waren dies alles Leute, die aus sich selbst die Überlegung angestellt haben, dort Hilfe zu leisten. Wenn ich z.B. nicht einen Bosnier getroffen hätte, wäre ich möglicherweise mit dem Zug gefahren oder mit einer anderen Möglichkeit. Die anderen Studenten waren auch grüppchenweise zusammengekommen und hatten sich überlegt, dorthin fahren zu müssen. Wir haben gesehen, daß dort große Ungerechtigkeiten geschehen, das war für unser Herz unerträglich, was man im Fernsehen gesehen hatte, in den Zeitungen.

Wir haben auch einiges von anderen gehört, die von dort zurückkamen, z.B. daß die Serben die Gefangenen oft auf grausame Weise quälen, einer schwangeren Frau wurde der Bauch aufgeschlitzt, das Kind herausgenommen und vor ihren Augen geköpft, und ihr wurde statt des Kindes eine Katze hineingetan. Teilweise identifizieren sich die Serben mit den Nazis, sie sind derartig skrupellos, wie es seit den Nazis bisher noch nicht vorgekommen ist.

AntifaZ: Ist Euer Hauptmotiv dorthin zu reisen, ein humanitäres gewesen oder auch, wie ich vermute, das Interesse, den muslimischen Glaubensbrüdern und -schwestern in Bosnien zu helfen?

Gazi: Ein Hauptgrund war sicher zum einen auch, daß wir gläubig sind, das heißt, den Brüdern und Schwestern zu helfen, den Kindern und den Greisen, einige sind auch mit dem Motiv dorthin gefahren, die Situation zu sehen, um danach evtl. Unterstützung zu leisten. Unser gemeinsames Motiv war natürlich, dort zu helfen. Die Leute waren ohne jegliche militärische Ausbildung, und eine militärische Unterstützung wäre schon deshalb gar nicht möglich gewesen.

AntifaZ: Aber nach entsprechenden militärischen Übungen wären einige von euch auch bereit, dort militärische Hilfe zu leisten?

Gazi: Von uns 14 Leuten waren, glaube ich, 2 Leute militärisch ausgebildet, die eventuell auch bereit waren, wenn die Bedingungen gegeben waren, militärisch Hilfe zu leisten.

Aber die anderen wollten im Prinzip wirklich nur helfen, so hatte eine Familie mit Vater, Mutter und Tochter medizinisches Gerät usw. mitgenommen, sterile Mittel, spezielle medizinische Nahrung für Leute, die aus den serbischen Camps fliehen konnten, diese Leute sind teilweise derart konfus, daß sie keine normale Nahrung zu sich nehmen können und sofort kollabieren, wenn sie keine spezielle Nahrung erhalten.

AntifaZ: Gazi, was kannst du uns denn konkret zur aktuellen Situation in Bosnien-Herzegowina sagen?

Gazi: Ich habe dort mit verschiedenen Leuten, zivile und militärische Leute, gesprochen, der gemeinsame Tenor war, daß dort ein grausames Gemetzel stattfindet, ein Gemetzel, das von serbischer Seite angerichtet wird. Man kann dies auch in dem Interview feststellen, das im "Spiegel" zu lesen war. Der "Spiegel" hat mit einem Serbenführer ein Interview gemacht, das Ziel, die "Muslime zu vertreiben und zu vernichten" war als Tenor in diesem Interview durchgängig erkennbar. Dort findet eine "ethnische Säuberung" statt.



AntifaZ: Wohin sollen die bosnischen Muslime denn vertrieben werden?

Gazi: Leute, die den Serben in die Hände fallen, werden sofort umgebracht. Daher haben Leute, die sich auf dem Weg durch die gefährdeten Gebiete befinden, meist eine Handgranate dabei, um sich und die kontrollierenden Serben mit in die Luft zu jagen.

AntifaZ: Haben die bosnischen Muslime deiner Meinung nach überhaupt eine Überlebenschance?

Gazi: Dies hängt zur Zeit zum größten Teil von der Haltung der UNO ab. Zur Zeit kann man sagen, daß die UNO eine Politik betreibt, die "auf Zeit spielt", sie spielen mit dem Schicksal der Menschen dort. Es wurde ja auch aufgedeckt, das seitens der Bundesrepublik Waffen an Kroaten und an

Serben geliefert worden sind. Die UNO repräsentiert das Interesse der Großmächte, also auch Deutschlands, dort, und da scheint es kein Interesse an dem Leben der bosnischen Muslime zu geben. Die Monitor-Sendung hat ja aufgedeckt, daß serbische Schiffe unter der Flagge Maltas fahren, angeblich deshalb nicht kontrolliert wurden, was natürlich lächerlich ist. Ein wirkliches Embargo gegen Serbien existiert gar nicht.

Die bosnische Bevölkerung sagt auch ganz eindeutig: wenn die UNO nicht da wäre, wären einige Straßen und Wege, auch Flugplätze, offen und passierbar für Hilfs- und Waffenlieferungen. Die Bosnier sagen: es ist völlig egal, ob ich satt oder hungrig bin, wenn ich doch getötet werde, und ohne Waffenlieferungen sind die Bosnier zum Tod verurteilt. Was die UNO dort macht, ist Zeitverschwendung, sie verdienen dort Geld, die Finger wollen sie sich nicht schmutzig machen, denn dort fließt, wie man weiß, ja kein Öl. Obwohl sie den Terror jeden Tag sehen, was auch aus den eigenen Reihen zugegeben wird, handeln sie nicht.

AntifaZ: Deine Meinung ist also, daß die UNO nur pro forma anwesend ist, um vor der Weltöffentlichkeit den Schein humanitärer Bestrebungen aufrechtzuerhalten?

Gazi: Es wurde in der Presse doch schon häufiger benannt: Die UNO deckt in Sarajewo von den Bedürfnissen 2,5 Prozent. Das ist nichts.

AntifaZ: Kannst du eine grobe Einschätzung der dort kämpfenden Machtinteressen geben?

Gazi: Welche konkreten Ziele die Kroaten oder die Serben im einzelnen haben, ist natürlich schwer zu beurteilen. Was man aber sehen kann, ist eine Vertreibungspolitik, eine Politik des Abschlachtens, und das haben wir seitens der Kroaten teilweise auch am eigenen Leib gespürt. Wer dorthinkommt und speziell den moslemischen Bosniern helfen will, wird drangsaliert, auch seitens der Kroaten. Man wird festgenommen, drangsaliert, und je nach Laune der kontrollierenden Soldaten, evtl. auch umgebracht.

AntifaZ: Auch in der hiesigen Presse wurde ja vermutet, daß schon seit längerem ein Abkommen zwischen Kroaten und Serben auf Kosten der Bosnier existiert, worin diese ihre Interessenssphären aufgeteilt haben.

Gazi: Ich habe mit mehreren Leuten gesprochen, die dort an der Front gekämpft haben. Sie erzählten übereinstimmend, daß die Kroaten mit modernsten Waffen ausgerüstet sind, der Krieg aber, den sie führten, sei nur ein Scheinkrieg. Die kroatischen Soldaten zogen sich mehr oder weniger kampfflos aus einigen Städten zurück, das hören wir auch aus den Stellungnahmen von bosnischen Soldaten, die berichteten, daß sie von den kroatischen Einheiten im Stich gelassen wurden.

Die Politik läuft darauf hinaus, daß Serben und Kroaten sich gegenseitig nichts tun wollen und lieber gemeinsam gegen die Bosnier vorgehen. Der Fehler der Bosnier war, daß sie keine eigenen Waffen eingekauft haben, stattdessen auf das Bündnis mit den Kroaten vertraut hatten. Sie haben außerdem den Fehler gemacht, daß sie stur auf die Hilfe der Türkei gebaut haben, weil die Türkei in der Vergangenheit den Bosniern immer zu Hilfe gekommen war. Damit ist aber unter den gegebenen Bedingungen, wo die Türkei von den USA und den übrigen Großmächten wie Deutschland, von den Waffenlieferungen dieser Länder abhängig ist, überhaupt nicht zu rechnen. Zwar hat die Türkei zur Zeit der Osmanen die Bosnier unterstützt und die Serben militärisch zurückgedrängt, aber zur Zeit ist das völlig unrealistisch.

AntifaZ: Was ist denn deiner Meinung nach der Grund, warum die UNO so eindeutig auf der Seite der Kroaten und Serben steht?

Gazi: Alles ist mehr oder weniger reine Machtpolitik. Auch während des Golfkriegs hat man ja die Kurden ermuntert, sich gegen Saddam Hussein zu erheben, als sie dies dann taten, ist man ihnen nicht zu Hilfe gekommen, sie wurden betrogen, und 250000 Kurden wurden auf der Stelle durch die irakische Regierung umgebracht, weil die USA den Kurden nicht halfen. Nach der Vertreibung sind dann noch einmal ca. 250000 Kurden umgebracht worden. Wenn man dies nüchtern beurteilt, muß man erkennen, daß Machtpolitik, d.h. Geldpolitik, ohne Skrupel über 1/2 Millionen Menschen opfert. Das heißt, ob die Bosnier nun draufgehen oder nicht, das ist denen egal.

AntifaZ: Kannst du uns nun etwas zu deinen konkreten Erlebnissen dort berichten. Wie lange wart ihr dort?

Wir waren etwa 3 Wochen dort, wollten ursprünglich 3 Monate dort bleiben, während der Semesterferien. Das hat nicht geklappt. Wir sind mit 3 Bussen und einem

Taxi losgefahren, zuerst durch Österreich, anfangs waren wir 8 Leute, später wuchs die Gruppe dann auf 14 Leute an. Wir fuhren durch Slowenien und Kroatien, überall dort ist kein Krieg, der Krieg beschränkt sich auf Bosnien. Die Leute lebten in den Gebieten, durch die wir hindurchfuhren, als gäbe es überhaupt keinen Krieg. Die kroatischen Leute scheeren sich, genau wie die Deutschen, so gut wie gar nicht um den Krieg, der dort mehr oder weniger vor ihrer Haustür stattfindet,

Wir sind von Zagreb nach Split gefahren, von Split aus wollten wir dann die Sachen direkt an die Stelle bringen, wo die Leute diese Hilfe brauchten, Städte, in denen auch Typhus ausgebrochen war, Dörfer nahe der Front. Die Hilfe ist z.T. dann nach der Tragödie noch an ihre Adresse gelangt.



Von Split aus wurden wir dann nach einigen Kontrollen gezwungen, nach Mostar zu fahren. Es war nach mehreren Durchsuchungen klar, daß wir tatsächlich nur humanitäre Hilfsgüter transportierten. Dennoch wurden teilweise die medizinischen Mittel geöffnet und vernichtet. Auf den Protest einer unserer Schwestern hin zeigte ein Soldat sein Gewehr und spuckte auf den Boden. Diese letzte Kontrolle war sehr scharf, sie wollten wohl auf jeden Fall verhindern, daß diese Hilfe den Bosniern zugutekam. Wir wurden dann gezwungen, wie gesagt, nach Mostar zu fahren. Dort fand Krieg statt, es gab Einschläge auf dem Weg dorthin, der Weg zum Polizeirevier war teilweise durch Granateinschläge zerstört. Trotzdem wurden wir gezwungen, mit zum Polizeirevier zu kommen und unsere Autos auf dem Hof des Polizeipräsidiums zu parken. Das mußten wir natürlich tun, weil uns nichts anderes übrigblieb.

Die Leute mußten dann aus den Autos aussteigen und standen dann als Gruppe auf dem Hof vor dem Polizeirevier. Zwei Leute von uns sind dann mit ins Gebäude genommen worden, um die formalitären Angelegenheiten abzuwickeln. Als wenn es

geplant war, schlug plötzlich mitten unter uns eine gewaltige Granate ein, eine 120mm Granate. Es gab eine gewaltige Explosion, und unsere Brüder sind in Fetzen geflogen, lagen mit halben Körpern auf dem Boden, anderen waren die Beine abgerissen, einzelne Beine und Arme lagen herum, und das war natürlich ein schrecklicher Anblick. Fünf Leute waren auf der Stelle tot, 2 weitere starben kurz darauf wegen unzureichender Hilfe im Krankenhaus, obwohl dies Grauen geschah, half uns von den Kroaten niemand, nicht einmal, die Verletzten ins Krankenhaus zu transportieren. Die beiden starben im Krankenhaus, weil ihnen ohne Geräte, mit einer stumpfen Säge die Beine abgesägt wurden, es gab keine Hilfe. 2 Autostunden entfernt, in Split, gab es alle Mittel, die nötig wären, dort sitzen die Leute und trinken Kaffee.

Die Überlebenden fuhren zurück nach Split, ich selber habe nur überlebt, weil ich ein Stückchen von der Gruppe entfernt stand, die beiden Schwestern überlebten nur, weil sie im Auto geblieben waren. Wir hätten es aber nicht geschafft, nach Split zurückzukommen, wenn dort in der Nähe nicht eine Polizeistation der Bosnier gewesen wäre, einen Tag darauf wurden unsere Autos ausgeräumt, die Sachen wurden gestohlen. Zusätzlich zu dem Gemetzel wurden wir also auch noch bestohlen. Die Autos sind dann noch an ihr Ziel gelangt, teilweise auch Kleidung und medizinische Geräte, die übrigen Geräte und Geld wurden gestohlen.

AntifaZ: Danach habt ihr das Unternehmen abgebrochen?

Gazi: Natürlich. Wir haben noch mit Hilfe der Bosnier die Toten begraben können, alle sieben nebeneinander. Einer kam aus Indonesien, ein anderer aus Marokko, einer auch aus Deutschland, aus Köln. Das Geschehen ist in den großen deutschen Presseinstituten nicht erwähnt worden. Die einzige und sehr falsche Notiz stand im Kölner Express, und die Eltern des Deutschen haben aus der Presse vom Tod ihres Sohnes erfahren.

AntifaZ: Kannst Du uns abschließend vielleicht noch sagen, aus welchen Ländern die Angehörigen dieser Hilfsdelegation stammten?

Gazi: Einer war aus Deutschland, drei aus England, einer aus Indonesien, einer aus Bosnien, einer aus Marokko, ein weiterer aus Ägypten, vier waren aus Kurdistan und

zwei aus der Türkei. Dann kamen noch drei aus Zagreb und drei Leute aus Split dazu.

AntifaZ: Bleibt zum Schluß nur die Frage an dich, Gazi: Gibt es denn seitens der Menschen in der Bundesrepublik überhaupt eine Möglichkeit, humanitäre Hilfe oder sonstige Unterstützung für die Menschen dort zu organisieren?

Gazi: Wenn Menschen helfen wollen, sollen sie die Hilfe nicht dem Deutschen Roten Kreuz geben, weil diese die Hilfe nur an die Serben und Kroaten weiterverteilt. Auch nicht irgendwelchen unbekannten Hilfsorganisationen, sondern es gibt nur eine Möglichkeit, daß Hilfe den Bosniern auch zugutekommt. Dazu wurde vor drei Wochen in Österreich ein Konto eingerichtet, dort kann man Unterstützung leisten.

AntifaZ: Gazi, dann danken wir dir abschließend für dies Interview.

ANZEIGE

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 4630 Bochum I
Tel. 0234/450590
Fax: 0234/452268



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00 Uhr, 15.00 - 18.00 Uhr

ZUR LAGE IN KURDISTAN

Deutschland nimmt offiziell die Waffenlieferungen an den türkischen Staat wieder auf. Diesmal sind es Phantom-Flugzeuge, die dem türkischen Militär zur Verfügung gestellt werden sollen. Der deutsche Kriegsminister Rühe, mit nachstehend wiedergegebenen Fotos aus der türkischen Zeitung "Özgür Gündem" konfrontiert, will mal wieder von alledem nichts gewußt haben. Außerdem habe er selbst die Waffen nicht liefern wollen, sondern lediglich dem Druck nachgegeben. Von wem der Druck auf diese ach so souveräne Regierung ausgeübt werde, dazu ließ er sich nicht vernehmen. Wenn denn das Vorgehen der türkischen "Sicherheitskräfte" in Kurdistan zu Recht als verbrecherisch tituliert werden kann, dann muß man, den Worten Rühes zufolge, der deutschen Regierung bescheinigen, daß sie sich dazu erpressen läßt, Helfershelfer eines verbrecherischen Regimes zu sein. Nur daß sie von alledem, was "fern in der Türkei" vor sich geht, mal wieder nichts gewußt haben will, das kann sie Leuten erzählen, die sich die Hose mit der Kneifzange zugemacht haben. Ist das die "Gnade der späten Geburt" des deutschen "Black-out"-Kanzlers?



Verwundet

UND DIE SPD?

Aber auch ein SPD-Klose ist da um keinen Deut besser. Er beschwert sich bei der türkischen Regierung darüber, daß sie die Waffen, die ihr geliefert werden, auch einsetzt. Zugleich aber tutet er frisch fromm fröhlich frei in deren Horn, indem auch für ihn "kein Zweifel besteht", daß die PKK eine terroristische Vereinigung sei. Wenn dem so ist, dann steht die Mehrheit des kurdischen Volkes in Türkei-Kurdistan auf der Seite von Terroristen, und mit denen darf man ja umspringen wie mit tollwütigen Hunden. Dereinst sang Süverkrüp sein Lied "Es zog ein Brandgeruch ums Gotteshaus, ein nacktes Weib stand kreischend in den Flammen", worin er Parallelen zog zwischen den Hexenverbrennungen und den Mißhandlungen von Angehörigen der Vietnamesischen Befreiungsfront sowie der vietnamesischen Bevölkerung, die mit dieser sympathisierte. Es ist wieder hochaktuell, und wieder geben den Ton "die Amerikaner" an.

Aber nicht nur. "Die Deutschen" sind mit von der Partie. Wenn auch ihre Töne leiser sein mögen, damit das deutsche Volk nicht aus seinem Schlaf erwachen möge. "Deutschland erwache!" ist ja ein Mißton hierzulande, seit der "Führer" und seine Spießgesellen ihn angestimmt hatten, um das deutsche Volk "herrlichen Zeiten" entgegenzuführen. Die "Spätgeborenen" haben



Gefesselt

daraus gelernt, auf ihre Weise. "Deutschland muß wieder Verantwortung übernehmen in der Welt", mit deutschen Militärstiefeln, darf aber nicht "verantwortlich" sein, wenn wo was passiert. Da sind sich die Regierung und ihre Hausopposition durchaus einig.

DER TÜRKISCHE "STAND"PUNKT

Und die türkische Regierung? Während der Gouverneur des Ausnahmezustandsgebietes, Ünal Erkan, das Zu-Tode-Schleifen eines verwundeten PKK-Kämpfers durch die Be-

satzung eines aus Deutschland gelieferten Panzerkampfwagens als eine "normale Routinemaßnahme" ansieht, streitet der türkische Geschäftsträger in Bonn, dazu befragt, den Sachverhalt rundweg ab. Die Waffenlieferungen sollen ja nicht wieder einmal durch das dumme deutsche Volk gestört werden.

WEITERE "ROUTINEMASSNAHMEN"

Zur Zeit ist die türkische Luftwaffe im Großeinsatz. Pausenlos finden die "sortiler" (= "Feindflüge", ein von den US-Besatzern entlehntes Wort) statt, und jeden Tag werfen sie rund 200 Tonnen Bombenlast auf kurdische Siedlungen ab. Auf einer Frontlinie von etwa 920 km Breite wird die Bevölkerung aus ihren Wohnungen



An Panzerkampfwagen gehängt

vertrieben, die Häuser geplündert und in Brand gesetzt bzw. als Quartier für die "tapfere Infanterie" benutzt. Rund 150 Ortschaften wurden so zu Garnisonen für jeweils rund 350 Mann "umgestaltet". Städte wie Bismil, Belveren, Uludere, Kulp, Cukurca und Yeşilköy wurden nach dem "Şırnak-Modell" "behandelt". Dieses "Modell" sieht vor: Zunächst werden die Ortschaften unter ganztägigen Dauerbeschuß genommen, über die Bevölkerung wird eine Ausgangssperre rund um die Uhr verhängt, und wer dagegen verstößt, wird erschossen; Krankenwagen dürfen Verletzte nicht befördern; Telefon, Strom und teilweise sogar das Wasser werden abgesperrt, Abwässerkanäle zerstört; grundsätzlich werden sämtliche Läden und Werkstätten zerstört; alle Tiere, selbst Hunde, werden getötet; alle Fahrzeuge in Schrotthaufen verwandelt; Häuser, in denen mutmaßliche PKK-Anhänger(innen) (und das ist in der Regel die Mehrheit der Bevölkerung) wohnen, werden dem Erdboden gleichgemacht. Da für die Überlebenden sämtliche Lebensmöglichkeiten



Hinterher geschleift.

beschnitten sind, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihre Heimat zu verlassen - zu Fuß, oft barfuß und zerlumpt, alte Menschen, Frauen, Kinder. Den Rest soll dann der Winter besorgen. Faktisch werden damit diese Städte zu Geisterstädten, die von der Landkarte gestrichen werden.

WO BLEIBT DIE ÖFFENTLICHKEIT?

Natürlich gelten auch internationale Regelungen da nichts mehr. Nicht nur über die Grenze zu Irak-Kurdistan ging man in breiter Front vor und massakrierte alles, was sich bewegte, sondern drang auch wieder einmal in den Iran ein und verwüstete dort kurdische Dörfer. Und damit auch alles schön reibungslos funktioniert, wird die Forderung des Generalstabschefs Doğan Güreş, ihm ein halbes Jahr die Medien vom Leibe zu halten, in die Tat umgesetzt. Während nach der Zerstörung der 25.000-Einwohner-Stadt Şırnak eine britische Allparteiendelegation des Unterhauses vor Ort noch Erkundungen einziehen konnte (siehe deren in den deutschen Medien ansonsten totgeschwiegene Stellungnahme in dieser Nummer), wurde einer



Dabei gestorben

aus Bundestagsabgeordneten und Rechtsanwälten bestehenden deutschen Delegation der Zugang in das Ausnahmezustandsgebiet verweigert, die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke durfte sogar den türkischen Polizeigewahrsam "genießen". (Mit Abgeordneten der Bonner Altparteien wäre man vermutlich etwas zimperlicher umgegangen als mit denen der neuen Sozialdemokratie, aber die interessieren sich natürlich nicht für die Vorgänge in Türkei-Kurdistan.)

Selbst Blätter wie die "taz" geben sich dazu her, das von der türkischen Regierung in die Welt gesetzte und von dem (hier eigentlich im Glashaus sitzenden) Talabani dienstbeflissen nachgebetete Gerücht, die PKK arbeite mit Buhmann Saddam Hussein zusammen, als erwiesene Tatsache zu behaupten. Angeblich hat die "taz" darüber eindeutige Dokumente, aber - daraufhin von mir angeschrieben - reagiert sie wie der "Spiegel" mit einem schleimigen Antwortschreiben, wie wertvoll doch der Leserbrief sei und daß der Autor des Artikels "Zerrissenes Kurdistan" ihn auch zu lesen bekäme, daß aber leider nicht jeder Leserbrief berücksichtigt werden könne. Mein Begehrt, die Dokumente kennenzulernen, wird geflissentlich überlesen. In der "Soz" weiß man zu vermelden, es sei eine Vereinfachung, den türkischen Staat als faschistisch zu kennzeichnen, schließlich gebe es da ja demokratische Möglichkeiten (vielleicht meinte die Verfasserin das parlamentarische Mäntelchen damit), und "wir" Deutschen dürften da schon gar nicht die Nase rümpfen. Ein Leserbrief von mir wird nicht einmal beantwortet, geschweige denn gedruckt. Natürlich steht in beiden Zeitungen auch mal wieder das Gegenteil, um auch die Bedürfnisse eines anderen Leserrinnen- und Leserkreises zu befrieden. Wurmstichige Äpfel haben natürlich auch noch ihre - mit eingeschränktem Appetit - eßbaren Stellen.



Ausgestellt

DER NEUE BUNDESGENOSSE

Plante die türkische Armee noch Anfang dieses Jahres ihren Ausrottungsfeldzug gegen alles, was kurdisch ist, mit Hilfe einer Zangenbewegung, bei der Saddam Husseins Streitkräfte vom Süden her helfen sollten, den kurdischen Freiheitskampf zu ersticken, so hat sie jetzt einen neuen Verbündeten gewonnen, der sich sozusagen zur Hamadiye (terroristische kurdische Kavallerie unter Sultan Abdul Hamid II., die dieser zu Pogromen gegen das armenische und gegen das kurdische Volk einsetzte) hat machen lassen: die Peschmerga (= "Die den Tod vor Augen haben") der PUK eines Jalal Talabani und der KDP eines Masud Barzani. Diese Peschmerga nimmt damit endgültig Ab-



So sieht sich die türkische Armee gern:

Ein türkischer Soldat brüderlich zusammen mit einem kurdischen Peschmerga

aus: Hürriyet vom 24.10.92

schied von dem guten Namen, den sie sich in ihrer bisherigen Geschichte gemacht hatte. Solange das so war, galt auch sie für den türkischen Staat als terroristisch, und noch zu einem Zeitpunkt, als ihr Aufstand während des Golfkrieges durch Saddam Husseins Armee niedergeschlagen worden war, bekamen die irak-kurdischen Flüchtlinge in der Türkei deutlich zu spüren, wie wenig willkommen sie waren.

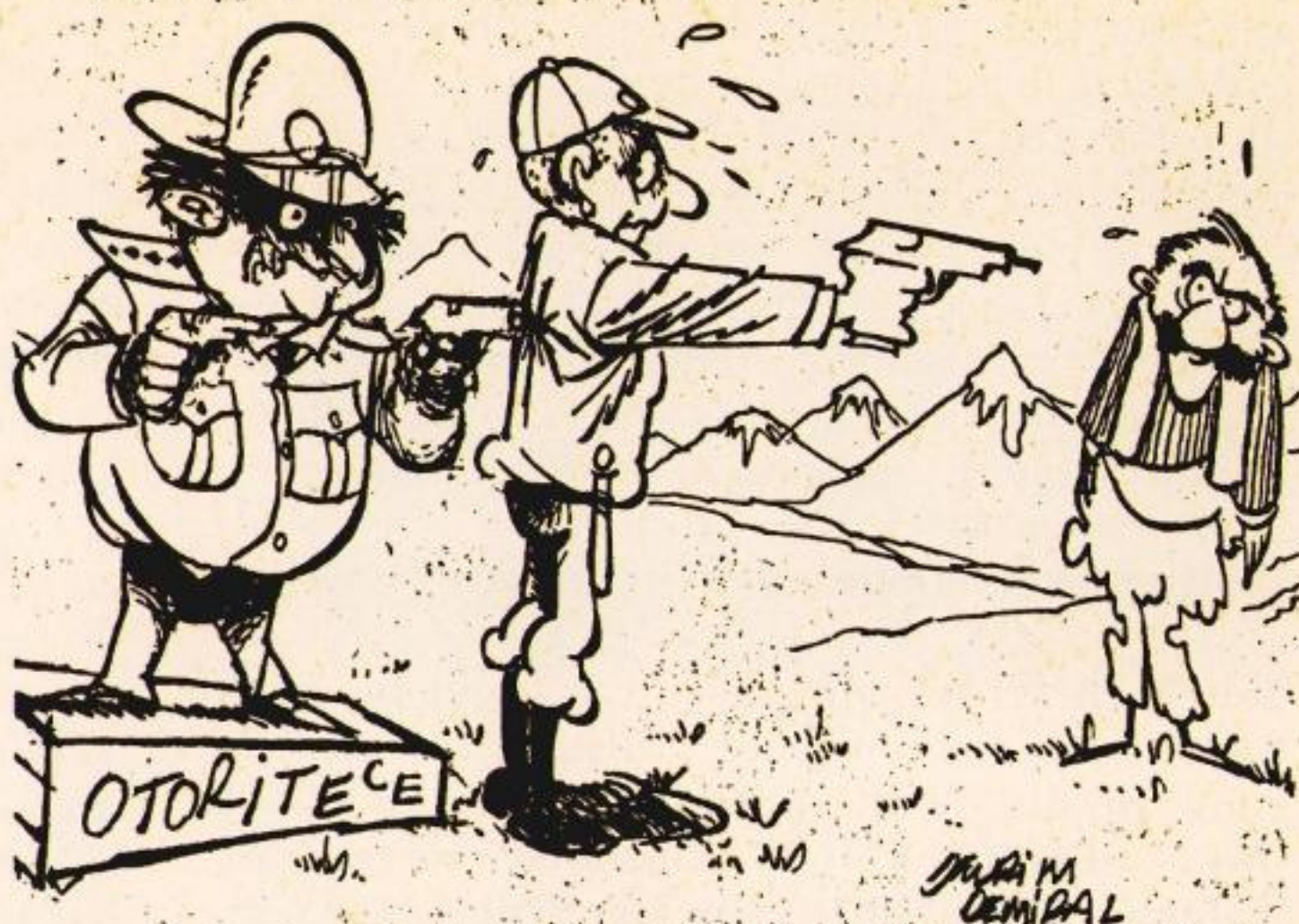
Wirkliche Hilfe erfuhren sie damals nur durch die erheblich ärmere kurdische Bevölkerung im sogenannten Ausnahmezustandsgebiet der Türkei. Ja, diese auf den Hund gekommene Peschmerga ist nicht einmal mehr fähig, ohne Anleitung durch türkische Offiziere auszukommen. Und ihre "Helden" sind ähnlich feige wie die der türkischen Armee: Wenn sich vor ihnen was bewegt, schießen sie schon drauflos, ohne hinzugucken. Aus purer Angst vor dem Volk, von dem sie sich entfernt haben. Denn wie in Vietnam hinter jedem "Chink" ("Gelbhaut", Nebenbedeutung: "Ritze"; verächtlicher Ausdruck der US-Besatzer in Vietnam für die Vietnamesen) ein Vietkong stecken konnte, den man besser von vornherein massakrierte, so fürchtet heute der türkische Soldat und ebenso sein verbündeter Peschmerga hinter jedem/jeder "Besmelesiz" (= "Hurenkind", "Bastard" - die in der türkischen Armee übliche Bezeichnung für Kurden) eine(n) PKK-Kämpfer(in), und da bilden selbst Kinder keine Ausnahme.

Die halbamtliche Zeitung "Hürriyet" (vom 24.10.92), die ansonsten ein großes Loblied auf die "gute Zusammenarbeit zwischen der türkischen Armee und der Peschmerga" anstimmt, teilt in einer kleinen Notiz mit, daß 27 Angehörige der Peschmerga, die sich geweigert hatten, gegen die PKK zu kämpfen, standrechtlich erschossen worden seien. Offensichtlich zur Warnung für weitere "Abtrünnige".

Uns liegt der 40seitige Bericht einer britischen Menschenrechtsdelegation vor, die im April 1992 "die kurdische Region der Türkei" bereist hat und über die Behandlung der Bevölkerung dort durch den türkischen Staat sowie über den Zynismus, mit dem Amtsinhaber dort selbst grösste Menschenrechtsverletzungen kommentierten, die sich teilweise vor den Augen der Delegationsteilnehmer abgespielt hatten, zutiefst schockiert waren. (In weiteren Nummern der AntifaZ wollen wir Teile daraus abdrucken.)

MORALISCHE AUFRÜSTUNG FÜR DIE ENDLÖSUNG

Dieser Krieg der auch von Deutschland hochgerüsteten türkischen Armee gegen das kurdische Volk, den als "İç savaş" (= Bürgerkrieg) zu bezeichnen, wie dies in den türkischen Medien geschieht, eine schlichte Verharmlosung darstellt, hat zu



Zum tatsächlichen Zustand der
türkischen Armee
Karikatur aus:
Gerçek Nr. 30 vom 17.10.92

einer Brutalisierung geführt, bei der das Ende der Fahnenstange noch nicht absehbar ist. Wie in den USA der "open frontier" für Indianerskalps hohe Belohnungen gezahlt wurden, so wird für Schrumpfköpfe von kurdischen Frauen und Kindern beispielsweise in Dersim ganz offen ein hoher Preis gezahlt - nicht in türkischen Lira, die ja mehr und mehr an Wert verlieren, sondern in Gold. Entsprechende Inserate werden von Mitgliedern von Parteien aufgegeben, die im türkischen Parlament Sitz und Stimme haben und deren Führer auch schon als stellvertretende Ministerpräsidenten in einer Regierung Demirel mitgewirkt haben. Die erklärten Faschisten können eben immer noch "einen draufsetzen". Sie finden Nachahmer in der türkischen Generalität: Wenn ein in den "Kampf" abkommandierter Soldat den Kopf eines von ihm getöteten PKK-Mitgliedes vorlegen kann, wird er mit Belobigung vom weiteren "Fronteinsatz" befreit. Mit derartigen Versprechungen wird der "Schütze Arsch" bei der Stange gehalten. Und im türkischen Fernsehen zeigt man die nackten Leiber ermordeter kurdischer Frauen und stimmt zugleich ein Loblied auf die "tapferen Männer" der türkischen Armee an.

DIE HERREN DER NEUEN WELTORDNUNG

Natürlich hat die türkische Regierung bei alledem seitens der US-Regierung völlig freie Hand. So erklärte der US-Außenmini-

ster Richard Boucher, nachdem er zuvor mit seinen aus Ankara angeflogenen Gästen Talabani und Barzani einvernehmlich geplaudert hatte, Mitte Oktober auf einer Pressekonferenz: "Die PKK ist eine terroristische Organisation, wie wir es immer gesagt haben. Wir werden die PKK niemals akzeptieren, und kurdische Streitkräfte im Nordirak werden Angriffe und Terrorismus der PKK gegen die Türkei nicht hinnehmen. Wir unterstützen heute und in Zu-

kunft Operationen der Türkei gegen die PKK."

Was hier mit "Operationen gegen die PKK" gemeint ist, habe ich ja wohl hinlänglich beschrieben. Es sei unseren Leserinnen und Lesern überlassen, den Schluß zu ziehen, wer hier der Herr und wer der Hund ist.

Klaus Dillmann

ÜBER DIE ZERSTÖRUNG VON ŞIRNAK

Dokumentation einer Delegation aus dem britischen Unterhaus

Stellungnahme von Lord Avebury, Vorsitzendem der Menschenrechtsgruppe des britischen Parlaments, und Michael Feeney, Berater von Kardinal Hume betreffend Flüchtlingsfragen, nach deren Besuch in Türkisch Kurdistan.

"Wir besuchten den kurdischen Teil der Türkei zwischen Freitag, dem 04. September, und Montag, dem 07. September, um die Behauptung über militärische Gewalt gegen das Volk in dieser Region zu überprüfen, und wir werden in Kürze einen vollständigen Bericht veröffentlichen.

Indessen haben wir - aufgrund der internationalen Sorge über die vom türkischen Militär durchgeführte Bombardierung der Stadt Şirnak - beschlossen, mit dieser kurzen Stellungnahme an die Öffentlichkeit zu treten.

Wir sind einer Meinung mit Herrn Ismet G. Ismet (Frage und Antwort betreffend die Gewalt in Şirnak, Turkish Daily News vom 06. September 1992), daß Grund besteht zu 'ernster Sorge darüber, daß Ankara seine Politik in der südöstlichen Türkei gänzlich geändert hat, wenn Ankara seinen Versuch einer weiteren Demokratisierung in der Region aufgibt und stattdessen eine kurz-sichtige Lösung des Problems bevorzugt'.

Die vorbedachte Zerstörung von Şirnak durch das türkische Militär war eine ohne Provokation vorgenommene, Abscheu erregende Handlung. Es besteht nicht der geringste Anhaltspunkt zur Stützung der Deutungen der Regierung, daß bewaffnete Guerrillakämpfer die Stadt besetzt gehabt hätten. Es besteht auch kein Grund dafür, den fortgesetzten Erklärungen zu glauben, wonach zunächst geschätzt wurde, es habe

sich um 1500 Guerrillakämpfer gehandelt - eine Zahl, die dann auf 800 und zuletzt auf 500 reduziert wurde. Das weist darauf hin, daß die Geschichte vollständig erfunden worden ist.

Keine Guerrillakämpfer wurden in der Stadt gefangen genommen oder getötet. Es waren keine Geschosshülsen zurückgelassen, die den angeblichen Guerrillakämpfern hätten zugeordnet werden können, und keiner von ihnen war entweder von Einwohnern oder Militärs gesehen worden.

Von den angeblichen 500 Guerrillakämpfern, die zuerst festgenommen worden waren, sind alle mit Ausnahme von 146 freigelassen worden. Wir fordern die Behörden auf, die 146 entweder anzuklagen oder freizulassen.

Andererseits sagte ein Augenzeuge, der die Stadt am 22. August besucht hatte, daß er sich auf den Straßen nahezu nicht habe bewegen können wegen der enormen Mengen von Geschosshülsen der Marke MKE (made in Turkey).

Wir sprachen mit einer Familie, deren Haus von Granaten aus einem deutschen Leopard-Panzer zerstört worden war.

Wir selbst sahen, daß, außer dem Polizeihauptquartier und dem Postamt, erkorenen Zielen für die Guerrilla, die unbeschädigt geblieben waren, nicht ein einziges Haus,

nicht ein einziger Laden, nicht ein einziges Geschäftsgrundstück der Beschießung entgangen war. Zahlreiche Gebäude und Fahrzeuge waren vorsätzlich in Brand gesteckt worden, und Augenzeugen sagten, sie hätten gesehen, wie Soldaten brennbare Flüssigkeiten in die Gebäude gegossen und diese in Brand gesetzt hätten.

Die Behörden waren nicht bereit, uns in die Stadt Şırnak hineinzulassen, und hielten uns eine Stunde lang an dem militärischen Kontrollpunkt an der Einfahrt zur Stadt fest. Als sie uns schließlich in die Stadt ließen, geschah das nur mit einer Polizeieskorte, die uns überall hin folgte, auch in das örtliche Krankenhaus.

Der Offizier, der uns eskortierte, weigerte sich, uns seinen Namen zu nennen, und wollte nicht einmal zulassen, daß wir einen Patienten befragten, der von Granatsplittern verwundet worden war.

Unsere Beobachtungen und Gespräche in anderen Teilen der kurdischen Region zeigten uns überdeutlich, daß der Angriff auf Şırnak nicht bloß eine isolierte Handlung war, sondern einen Teil eines allgemeinen Musters militärischer Gewalt gegen die Zivilbevölkerung bildete.

Wir sprachen mit Menschen in Landstädten, die von Truppen angegriffen worden

waren, und hörten über zahlreiche Begebenheiten dieser Art. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Regierung eine weitaus härtere Vorgehensweise beschlossen hat, um mit der Guerrilla seitens der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) fertigzuwerden, und wir nahmen mit großer Sorge die Äußerung von Staatspräsident Özal vom 06. September zur Kenntnis, daß 'die Städte dieser Region für eine Entwicklung nicht geeignet sind und man früher oder später aus der Region in den westlichen Teil des Landes umziehen muß.'

(...)

Wir fordern den Premierminister in seiner Eigenschaft als Präsident der EG auf, augenblicklich eine Note an den türkischen Staat zu senden, damit dieser der Anwendung der militärischen Gewalt gegen die Einwohner von Türkisch Kurdistan Einhalt gebietet und humanitäre Hilfsorganisationen einlädt, damit diese in dem Gebiet tätig werden können, um die Lage für die Verletzten und Obdachlosen aufgrund dieser Angriffe zu erleichtern."

Übersetzt aus der dänischen Tageszeitung "Dagbladet Arbejderen" vom 17.09.1992 (Übersetzer: Klaus Dillmann). Erscheint auch in "Tatsachen" Nr. 15 vom November/Dezember 1992.

DOKUMENTATION: Stellungnahme der PKK zu den jüngsten Beschuldigungen

"DAS GEZETER, DIE PKK KOLLABORIERE MIT SADDAM

'Die PKK wird vom Ausland unterstützt. Wenn diese Unterstützung wegfällt, können wir sie besiegen.' - 'Unsere Nachbarn können ihre Grenzen nicht kontrollieren.' - 'Das ist ein (schmutziges)* Spiel des Auslandes.' - Und: 'Die PKK kollaboriert mit Saddam.'

So zetern die Machthaber des türkischen Staates, und die Presse der Bourgeoisie verbreitet das. In diesen Chor ein stimmt der südliche Kollaborateur (= die "Regierung" von Irak-Kurdistan)*: Daß die PKK vom Ausland unterstützt werde und mit Saddam kollaboriere, sind die Lügen von Barzani, Talabani und des türkischen Staa-

tes. Wenn ausgerechnet diese Kräfte die PKK beschuldigen, wirkt das komisch. Wenn man fragen wollte, wer auf der Welt mit ausländischer Hilfe zu leben versucht, wäre die Antwort klar: 'Diese Drei (d.h. Barzani, Talabani, der türkische Staat)*'.

Die Wörter 'Kollaboration'** und 'Kollaborieren'** haben für die Menschen in der Türkei und in Kurdistan einen schlechten Beigeschmack. Warum? Das hängt zusammen mit der von solchen Kräften durchgeführten Politik. In Wirklichkeit ist eine freie Zusammenarbeit** zwischen Ländern und Organisationen im gegenseitigen Inter-

esse und unter Bedingungen der Gleichberechtigung durchaus denkbar. Auch das kann 'Kollaboration/Zusammenarbeit' bedeuten.

Aber die Türkei und die primitiven Nationalisten (= Talabani und Barzani)* geben dem auf politischer Ebene eine ganz andere Bewertung. Da ist es Abhängigkeit, Sklaverei und Leben im Schutz einer mächtigen Kraft. Nun: Wer lebt in dieser Lage, wer hat sich so erniedrigt? Warum legt man so großen Wert darauf, daß 'PKK und Saddam kollaborieren'? Diese Beharrlichkeit zeigt auch die Verschworenheit, mit der die primitiven Nationalisten mit der Türkischen Republik kollaborieren. Selbst ein Gehörloser hat gehört, daß das Märchen von der Neuen Weltordnung unter der Führung des US-Imperialismus durch-

geführt wird. Wir wissen auch, was dieses Projekt 'Neue Weltordnung' für die Völker bedeutet und daß der Nahe Osten Teil dieses Projektes ist.

Wenn es im Nahen Osten nicht verwirklicht werden kann, wird das für dieses Projekt eine schwere Schlappe, wenn nicht den völligen Mißerfolg bedeuten. Das ist eine große Gefahr für die Imperialisten und ihre großen oder kleinen Verbündeten. Diese Gefahr geht allein von der PKK aus. Aus diesem Grund auch wird die PKK von den USA beschuldigt. Es macht einen Sinn, wenn das Außenministerium der USA der amerikanischen Öffentlichkeit erklärt: 'Im Bekaa findet die PKK Unterschlupf.'

Das sind die Gründe für Szenarien wie: 'PKK kollaboriert mit Saddam.' Während des Golfkrieges und des darauf folgenden Krieges wurde bekanntgegeben, daß Saddam ein grausamer Diktator ist und besonders die Kurden mit Giftgas angegriffen hat. Für die Imperialisten war das ein brauchbarer Grund, um sich im Nahen Osten einzumischen. Beim jetzigen Gleichgewicht dagegen ist die Entmachtung von Saddam für die Imperialisten nicht nötig. Die von den Imperialisten beherrschte UNO hätte mit einem Beschluß Saddam sofort entmachten können. Die UNO hat ja so manche Beschlüsse über den Irak durchgeführt. Aber wenn sie Saddam entmachten, wird die PKK Südkurdistan nicht verlassen! Die PAK (Schwesterpartei der PKK in Irak-Kurdistan)* wird ja ihren Freiheits- und Befreiungskampf nicht aufgeben. Also heißt es: 'Kollaboration zwischen PKK und Saddam'.

Wenn das die Wahrheit wäre, wer würde glauben, daß die PKK und Saddam zusammenarbeiten. Aber die Tatsachen dürfen nicht verfälscht werden. Das gebietet der Respekt vor den Völkern. Von dem türkischen Staat und den Primitiv-Nationalisten erwarten wir einen solchen Respekt nicht. Aber die Behauptungen, die den Tatsachen nicht entsprechen, fallen auf die, die sie behaupten, zurück. So kann man die PKK nicht in ein schiefes Licht rücken, denn unser Volk kennt die PKK und ihre Politik.

Talabani verkündet: 'Die PKK kollaboriert mit den drei kolonialistischen Staaten (= Iran, Irak, Syrien)*'. Dabei ist die Türkei ausgenommen. Aber das Kollaborieren, das macht Talabani selbst, und er ist noch stolz darauf. Talabani macht alles, um

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan-Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage

die aktuellste deutschsprachige Publikation

berichtet

- * aus Kurdistan
- * über die Solidaritätsbewegung
- * von den Kurdenprozessen
- * Dokumente
- * u. v. a.

mindestens 8 Seiten

26 mal im Jahr

Jahresabonnement 52.- DM

Buch- und Infoläden bekommen 30 % Rabatt,
andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1.- DM pro Stück

Bestellungen an:

GNN-Verlag

Zülpicher Str. 7

Postfach 260 226

5000 Köln 1

Überweisungen an:

BfG Köln,

BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00

oder an

Postgiroamt Köln,

BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Hiermit abonniere ich Exemplare des
Kurdistan-Rundbrief

.....
.....
.....
.....

Ausschneiden und schicken an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5 Köln

'Unterstützung' zu bekommen. Er hat auch mit Saddam kollaboriert. Die Geschäfte von Talabani und Barzani mit den Kolonialisten und Imperialisten auf der Basis, Kurdistan zu verkaufen, sind würdelos und ein Grund der Scham für unser Volk.

Über die Mörder an unserem Volk und seinen Kämpfern sagt Zabari, der Stellvertreter von Barzani, folgendes: 'Die Türkei ist für uns eine Brücke. Die dort lebenden Kurden sollen froh sein. Es wäre besser, wenn alle Länder so wären wie die Türkei, nur die dortigen Kurden begreifen das nicht.' So erniedrigt sich Zabari.

Die Kurden sollen also froh sein über die in Şırnak, Cukurca, Silvan, Güle, Hamur und anderen Orten massakrierten Kurden!

Menschen wie Talabani, Barzani und Zabari kollaborieren mit Völkermördern wie der Türkei. Seit wann und wie ist das möglich? Weswegen greifen sie die PKK an?

Die PKK hat das Ziel, ein freies, unabhängiges und vereinigtes Kurdistan zu gründen. Für dieses Ziel kämpft sie auf kurdischem Boden. Weder die Imperialisten noch die Kolonialisten noch ihre Kollaborateure können sie von diesem Boden verjagen. Probleme, wie diese sie haben, hat die PKK nicht. Daran müssen die Kollaborateure und die, die nicht ohne Abhängigkeit leben können, denken. Das Leben liefert Tag für Tag neue Belege dafür."

* Hinweis des Übersetzers.

** Im Türkischen werden "Kollaboration" und "Zusammenarbeit" vom Wort her nicht unterschieden.

(Übersetzt aus "Serxwebûn", türkischsprachige Monatszeitung der PKK, Nr. 129 vom September 1992, von einem Mitglied des Demokratischen Arbeiter- und Jugendvereins Dortmund e.V.)

"GÜNEYDOĞU ANADOLU PROJESİ"

Hinter alledem steckt unter anderem ein ehrgeiziges Wirtschaftsprojekt, das auf den jetzigen Krieg ein besonderes Schlaglicht wirft, das "Güneydoğu Anadolu Projesi" (= Südost-Anatolien-Projekt) oder - wie es unter Nutzung desselben Kürzels werbewirksam sogleich ins Englische übersetzt wurde - das "Grand Anatolia Project" (GAP), das Mitte der 70er Jahre (unter Rückgriff auf Pläne aus den 30er Jahren) entworfen und nach dem faschistischen Militärputsch vom 12. September 1980 und dem damit seitens der westlichen Welt gewachsenen Vertrauen auf stabile Verhältnisse in diesem vom internationalen Finanzkapital abhängigen und massiv unter Druck gesetzten Musterland des Internationalen Währungsfonds (IWF) sogleich in Angriff genommen wurde. Dieses Stauseeprojekt erstreckt sich über die kurdischen Provinzen Gaziantep, Adiyaman, Urfa, Diyarbakır, Mardin und Siirt und umfaßt eine Fläche von 74.000 km² (was etwa der Größe der Beneluxstaaten entspricht). Zur Nutzung des Wassers vor allem des Euphrats und des Tigris, die beide in der Türkei entspringen, werden Staudämme errichtet, deren größter der inzwischen fertiggestellte (166 m hohe) Atatürkstaudamm ist; unter Einbeziehung des Keban-Staudamms bei Elazığ (1983 fertiggestellt) und des Karakaya-Staudamms (1986 fertig-

gestellt) ist somit ein riesiger Stausee von über 500 km Länge mit zahlreichen hydroelektrischen Kraftwerken entstanden. Insgesamt sieht die Planung vor, 48 Wasserkraftwerke zu errichten, die neben den bereits bestehenden Atom- und Kohlekraftwerken die Türkei zu einem Stromexportland machen sollen. Einen Riesenauftrag hat dabei die Firma Siemens ergattert, die für den Bau sämtlicher Turbinen dieser Kraftwerke auserkoren wurde. Und nicht von der Hand zu weisen ist der Verdacht, daß die jüngst von dem türkischen Ministerpräsidenten Demirel geäußerte Ansicht, daß Staatsgrenzen keine "heiligen Kühe" seien, zu entsprechenden Taten führen könnte. Der Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk, für den die "Terroristen von der PKK" lediglich einen nicht einmal unwillkommenen Vorwand zu bieten scheinen, bietet sich als Einstieg dazu geradezu an, und der jetzige Bundesgenosse Peschmerga könnte, nachdem dieser "Mohr seine Schuldigkeit getan" und bei der Vernichtung seinen Teil verrichtet hat, selbst das nächste Opfer sein. Der schon unter Atatürk gehegte Traum, die Erdölgebiete des Irak zu annektieren, könnte der Siegespreis eines solchen Unternehmens sein, und auch das Urangebiet um den Qara Chok dagh, das pro forma unter UNO-Verwaltung steht, ist ein begehrtes Objekt.

Neues von der "Neuen Ethik"

PROTESTE GEGEN MEINUNGSMACHE

- Helga Kuhse in Bielefeld -

Wie bei verschiedenen anderen Treffen der Bioethiker-Szene sollte auch die Tagung vom 1. bis 3. Oktober am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) an der Universität Bielefeld ein Geheimtip bleiben. Inhalt dieser Tagung sollte die Neudefinition der Begriffe "Menschenwürde" und "Unantastbarkeit des Lebens" sein, im Sinne einer Utilitarismus-Ethik à la Peter Singer. Titel der Tagung: "Die Begriffe 'Menschenwürde' und 'Sanctity of Life' und ihre Tragweite für ethische Konfliktlagen in der modernen Medizin." Entsprechend wurden die Bereiche Gen- und Reproduktionstechnologie, Abtreibung, Intensivmedizin und Euthanasie abgehandelt. Entsprechend auch die Auswahl der Referenten:

Zum Beispiel **H. Tristram Engelhardt Jr.**, neben Singer einer der führenden englischsprachigen Protagonisten weltweiter Eugenik und Euthanasie, ehemals am **Kennedy-Institut, Washington**, jetzt am **Center for Ethics, Medicine and Public Issues** des **Baylor College of Medicine, Houston (Texas)**. Wurde am Kennedy-Institut neben der Förderung moderner Euthanasie auch das Programm der US-Regierung zur Bevölkerungskontrolle in den Andenstaaten durchgeführt, so ist das College in Houston für die Patentierung menschlicher Gene bekannt, so beispielsweise auch die weibliche Brustdrüse.

Zum Beispiel **Prof. Dr. Birnbacher**, Philosoph an der **Gesamthochschule Essen**. Er war Teilnehmer am Spezialkurs der deutschsprachigen Bioethiker am oben erwähnten Kennedy-Institut und tritt wie Singer und Kuhse für die Verhinderung der Geburt "unglücklicher" Kinder ein.

Zum Beispiel **Norbert Hoerster**, Hochschuljurist aus **Mainz**. Er ist so etwas wie die Graue Eminenz der deutschen Bioethiker-Szene und teilt offen in "lebenswertes" und "lebensunwertes" Leben ein.

Zum Beispiel **Helga Kuhse**, Humangenetikerin aus **Australien**, Mitstreiterin des Peter Singer. Sie tritt ein für uneingeschränkte Embryonenforschung nebst -züchtung und -nutzung, für Organklau und Euthanasie bei dauerhaft "Kranken" aufgrund von Alter, Unfall oder Behinderung. Zusammen mit Peter Sin-

ger veröffentlichte sie das Buch **"Should the Baby Live?"**, das nun vom Rowohlt-Verlag in deutscher Sprache herausgegeben werden soll.

Sehr kurzfristig erfuhren Leute in Bielefeld, welcher Kreis dort drei Tage lang tagen wollte. Trotzdem kam ein Bündnis von Frauengruppen, VVN, Antifa, Grünen, AStA u.a. zustande, das einmütig beschloß, sich mit den Tötungspropagandisten auf keine Diskussion einzulassen.

Eine Überraschung gab es bereits beim Vorbereitungstreffen gegen die Tagung: **Dr. Kurt Bayertz**, zusammen mit Tristram Engelhardt Tagungsleiter, Mitarbeiter am **Institut für System- und Technologie-Analysen am ZT (?) Biomedizin**, tauchte auf der Versammlung auf und drohte, mit Polizeigewalt sein Bleiberecht zu erzwingen. Als das Bündnis umgekehrt auf sein Hausrecht verwies und Bayertz ebenfalls mit der Polizei drohte, verließ er die Versammlung.

Weil die Bioethiker sich ertappt sahen, versuchten sie nun, die GegnerInnen durch eine öffentliche Auftaktveranstaltung im Hörsaal der Universität mundtot zu machen. Doch die hartnäckige Ablehnung jeder Diskussion mit den TagungsteilnehmerInnen führte schließlich zu einer erneuten Änderung des Programmablaufs: Man lud zu einer Pressekonferenz im Hörsaal.

Das Bielefelder Bündnis und Leute vom **Anti-Euthanasie-Forum NRW** machten auch diesen Plan zunichte. Also wurde die Pressekonferenz von den sich von Gegne-

rInnen umlagert fühlenden TagungsteilnehmerInnen wieder abgeblasen. Sie hatten wohl nicht mit der raschen Reaktion des Bündnisses gerechnet, denn bevor die Journalisten abzogen, berief dieses nun seinerseits eine Pressekonferenz vor Ort ein. Die Bioethiker gerieten in Hektik und versuchten nun, an das Megaphon der GegnerInnen zu kommen, was zu erheblichen Tumulten führte. Die KonferenzteilnehmerInnen standen unterdessen hilflos herum und teilten sich schließlich auf: Die einen, die etwas eher als die Leute vom Bündnis aufgebrochen waren, gelangten noch auf dem Umweg durch die Hausmeisterwohnung in die Tagungsräume des ZiF. Die restlichen wurden am Einlaß gehindert und machten sich schließlich mit PKWs in Richtung Stadt davon, verfolgt von RadfahrerInnen der Euthanasie-GegnerInnen. Andere TeilnehmerInnen, die verspätet kamen, standen dann wieder hilflos vor verschlossenen Türen, bis ihnen von denen im Gebäude die Umkehr empfohlen wurde. Nach etwa drei Stunden Belagerung entschlossen sich die BlockiererInnen, die Aktion zu beenden.

Wesentliche Punkte waren erreicht: Es war eine Öffentlichkeit hergestellt worden, eine Diskussion zwischen Bioethikern und GegnerInnen kam nicht zustande, die Konferenz war von einem chaotischen Beginn gekennzeichnet, und nur wenige waren ins Gebäude gelangt.

Protest gab es auf der **Frankfurter Buchmesse** am selben Tag: Der Rowohlt-Verlag hat sein Herz für die Bioethiker-Szene entdeckt und beabsichtigt die deutschsprachige Ausgabe des Machwerkes von Peter Singer & Helga Kuhse, "Should the Baby Live?" Etwa 30 Menschen vom bundesweiten **Anti-Eugenik-/Euthanasie-Forum** verteilten am 1. Oktober eine Protestnote gegen diese Veröffentlichung.

Die Aktion gegen die deutsche Übersetzung und Verbreitung dieses Buches soll auch weiterlaufen: Beispielsweise sollen Buchhändler mit der Protestnote konfrontiert und zu einer Stellungnahme aufgefordert werden.

Helga Kuhse reiste unterdessen weiter nach **Amsterdam**: Vom 5. bis 7. Oktober fand dort am **Royal Tropical Institute** der

Gründungskongreß der **Internationalen Vereinigung der Bioethiker** statt, an dem nach unserer Information auch der Initiator dieser Vereinigung, Peter Singer, teilnahm.

Ein Bericht aus Amsterdam liegt uns noch nicht vor.

Der Amsterdamer Kongreß ist jene von Peter Singer geforderte Gründung einer Assoziation, die gegen die GegnerInnen seiner Philosophie und der darauf fußenden Praktiken der Mediziner usw. mobilisieren soll.



Anti-Atom-Büro
Am Oelpfad 25
4600 Dortmund 30

ANZEIGE



Ché Coolala

Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

DIE BIOETHIKER-SZENE MACHT ERNST: Der "Fall Erlangen"

Nachdem Peter Singer zwischen 1987 und 1990 vor allem in der BRD mit massivem Protest gegen die Bioethiker-Szene konfrontiert worden war, entschloß er sich zur Gründung einer internationalen Assoziation mit Sitz in Europa, deren Aufgabe es sein soll, die "Basis für eine Atmosphäre herzustellen", die die "rationale Diskussion um kontroverse Themen" ermöglicht.

Themen der unter Leitung des niederländischen Gesundheitsministeriums vom 5. bis 7. Oktober 1992 im Royal Tropical Institute in Amsterdam stattfindenden Gründungsveranstaltung waren unter anderem: "Embryonenforschung" und "Definition des Todes". Unter den TagungsteilnehmerInnen befanden sich auch Helga Kuhse und Peter Singer. Ein Teil der in Amsterdam anwesenden Bioethiker hatte sich bereits vom 1. bis 3. Oktober zu einer entsprechenden Tagung in Bielefeld getroffen, so z.B. Tristram Engelhardt, Kurt Bayertz und Helga Kuhse (siehe Artikel "Protestversuche gegen Meinungsmache" in diesem Heft).

An jenem 5. Oktober verunglückte in der BRD eine Schwangere und wurde drei Tage später in der Universitäts-Klinik Erlangen für hirntot erklärt. Doch die Schwangerschaft soll noch bis zum "regulären" Geburtstermin im März aufrechterhalten werden.

Die Zeitgleichheit von theoretischer Konferenz und "Unfalltod" ist sicher zufällig; wohl kaum aber die getroffene Entscheidung der Erlanger Mediziner zu diesem Zeitpunkt: Der "Unfalltod" einer Schwangeren kam den BioethikerInnen wie gerufen. Einer der Betreiber sitzt als Vorstand des **Instituts für Rechtsmedizin** an eben dieser Universität: **Hans-Bernhard Würmeling**, Teilnehmer am Spezialkurs für deutschsprachige Bioethiker am Kennedy-Institut in Washington und Gründer der **Akademie für Ethik in der Medizin**. Ein Mitglied dieser Akademie, Pastor **Udo Schlaudraff**, ist Mitunterzeichner der 1. und 2. (überarbeiteten) **"Einbecker Empfehlung"** (siehe "GENormte Menschheit, Teil III" in AntifaZ Nr. 35) und richtete in Loccum eine **Internationale Konferenz zu Organtransplantationen** aus.

Weiterer Anreiz für dieses Erlanger "Experiment" (!) dürfte die von der bayrischen Staatsregierung in München eingereichte **Bundesratsinitiative** sein, in der der Fötus zum "Kind als Mensch mit eigener Rechtsposition" erklärt wird (**Ruhr-Nachrichten** vom 30.09.92).

Nun liegt also seit Anfang Oktober in Erlangen - und damit erstmals öffentlich in der BRD - eine für hirntot erklärte Schwangere, **die nicht endgültig sterben darf, bis sie ihre Funktion als Versuchsobjekt erfüllt hat.**

Die BioethikerInnen-Szene praktiziert den Ernstfall, und alle möglichen Stellen spielen mit: **BILD** rief zum Telefon-TED mit "medical control" zum Ortstarif auf; die Frauenbeauftragte von Erlangen, Frau **Abele-Brehm**, fordert die Einsetzung einer Ethikkommission, paritätisch mit Frauen und Männern besetzt - versteht sich; **Uta Ranke-Heinemann** hat "theologisch" keine Einwände; PsychologInnen und MedizinerInnen fordern Streicheleinheiten und Geräuschkulissen für das Ungeborene; AbtreibungsgegnerInnen fordern die Fortsetzung des "Experiments" aus "ethischer" Verpflichtung gegenüber dem Ungeborenen; die Presse spricht einmütig von "Kind" anstelle von "Fötus"; und die Gewerkschaften regen sich lediglich darüber auf, daß das Pflegepersonal für die anderen PatientInnen auf der Intensivstation zugunsten eines Einzelfalles abgezogen wird.

Und alle hüten sich davor, das Wort "Menschenversuch" zu gebrauchen. Dabei geht es hier um nichts anderes: Wäre die schwangere Frau in Erlangen tatsächlich tot, so endete auch die Schwangerschaft als der mit ihr und in ihr ablaufende Pro-

zeß der Menschwerdung. Eine Schwangerschaft ist die biologische Einheit von Schwangerer und Leibesfrucht und nicht die Dualität von Mutter und Kind - auch wenn uns das immer wieder eingetrichtert wird. Und das Ungeborene ist noch kein Mensch, sondern ein Fötus, als Werdendes Teil der Schwangeren - und die Schwangerschaft selbst. Und da es nicht selbständig lebensfähig ist, kann es nur als Teil der Schwangeren existieren. Da aber medizinisch (bereits ohne die bayrische Bundesratsinitiative) **der Fötus zum Patienten, d.h. zur Person, erhoben wurde, muß nun diese Trennung zwischen Schwangerer und Leibesfrucht auch praktisch werden.**

Die zur Retorte reduzierte Frau wird entsprechend der "praktischen Ethik" unter Nützlichkeitsaspekten der medizinischen Folter preisgegeben, damit die Eigenständigkeit des Fötus "bewiesen" werden kann. Die Definition "Hirntod" erklärt die Frau zur Sache - ohne Rechte und Anspruch auf Menschenwürde.

Und darin liegt die Tatsache des Menschenversuchs begründet. Man kann sich drehen und wenden: **Entweder ist die Schwangere tot und der Fötus eine Person, dann wird an ihm experimentiert; oder die Schwangere lebt und in ihr als Teil von ihr der Fötus, dann wird mit ihr experimentiert.** Um diese unumstößliche Tatsache zu verschleiern, muß beides neu definiert werden: der Tod als Hirntod und die Leibesfrucht als eigene Rechtsperson.

Dieser **Widerspruch von lebendem Organismus und totem Hirn** hat auch in anderen Zusammenhängen wesentliche Bedeutung in diesem Medizinverständnis.

Um was geht es in Erlangen? Lassen wir Herrn **Hans Martin Saß** vom **Zentrum für medizinische Ethik** an der Universität Bochum zu Wort kommen: "Der Wechsel von der traditionellen Herz-Kreislauf-Tod-Definition zur Hirntod-Definition bringt bemerkenswerte ethische und medizinische Vorzüge: Menschliches Leben, das nicht länger Schmerz empfindet oder (!) kommunikativ sich mitteilen kann, muß nicht länger verlängert werden; hohe emotionale, ethische, kulturelle, medizinische und ökonomische Kosten brauchen nicht mehr

ANTIFASCHISTISCHER TASCHENKALENDER



Hrsg. v.
verschiedenen
Gruppen aus
der BRD und
den NL

ISBN
3-928300-10-5

im praktischen
Hosentaschen-
format...

für 10 DM

Viel Inhalt: • Geschichte wird gemacht •
Neue Rechte • Klassenkampf statt Multikulti
• Edelweißpiraten • Infos aus NL und NOR •



Aus dem Inhalt:

• Geschichte des europäischen Vereinigungsprozesses • Europa des Kapitals • Festung Europa: Flüchtlinge, Asylpolitik, Schengen ... • Bevölkerungspolitik: "Weiß und Angepaßt" • Imperiales Europa • Spanien 1992 • WWG in München • Literatur, Zeitschriften und Adressen zum Thema ... etc. •

146 Seiten, Broschur, DM 14,80

ISBN 3 - 928300 - 08 - 3

Macht Sammelbestellungen
und Wiederverkauf!

ab 10 Exemplare 30% Rabatt



UNRAST

UNRAST, Querstr.2, 4400 Münster

übernommen werden. Organe und Gewebe stehen für Mitmenschen zur Verfügung (...)."

Mit diesem Konstrukt können die ÄrztInnen einerseits einen Totenschein ausstellen und gleichzeitig die verschiedenen Körperfunktionen bei Bedarf aufrechterhalten oder - wie in Erlangen vorgesehen - nach Beendigung des Experiments ausschalten.

Bleibt der Fötus: Geht es nach dem Willen der bayrischen Bundesratsinitiative, ist ein Fötus ein Mensch mit Rechtsposition. In Erlangen findet also auf alle Fälle ein **Menschenversuch** statt.

Von Bedeutung ist das Experiment für diese Kreise auf mehreren Ebenen:

- Gesucht wird seit einigen Jahren nach der Wechselbeziehung von Impulsen der Gebärmutter auf die Entwicklung des Fötus. Gedacht ist dabei an die "Entlassung der Frau aus der Schwangerschaft" durch herausoperierte und isoliert gesteuerte Gebärmütter für Züchtungszwecke.
- Gebraucht werden "lebende Tote" auch für die Organtransplantation, denn nicht alle Organe lassen sich wie die Nieren einfrieren. Bezeichnenderweise werden im Tagungspapier zur Bielefelder Konfe-

renz vom 1. bis 3.10. **irreversibel bewußtlose (!)** PatientInnen als "hirntot" bezeichnet!

- Getestet wird die Bereitschaft zur Akzeptanz pervertierter Intensivmedizin im Zuge von Gen- und Reproduktionstechnologie, Pflegenotstand und Euthanasie.
- Getestet wird auch die gesellschaftliche Bereitschaft, den Fötus als "Rechtsperson" rechtlich von der Schwangeren vollständig abzukoppeln und ihr Interesse hinter das des Ungeborenen zu stellen, um dann
- Leben gegen Leben, Kranke gegen Nichtkranke, Behinderte gegen Nichtbehinderte, Junge gegen Alte usw. auszuspielen, ein **zentraler Gedanke** der Bioethiker.

In Erlangen wird von den BioethikerInnen und ihren Anhängern ein deutsches Exempel statuiert: die praktische Anwendung der von Peter Singer geforderten "rationalen Diskussion um kontroverse Themen" - Menschenzüchtung und Euthanasie.

Hier angesprochene Zusammenhänge sind in "GENormte Menschheit" (Anti-faZ Nr. 33 bis 36) nachzulesen.

Anti-Atom-Büro,
Am Oelpfad 25, 4600 Dortmund 30

ANZEIGE

**AFRO
LATIN
MUSICPUB**

Café
Cuba

Westbahnhof 1 (S-Bhf) Essen A430 E-Hobeisenbr ☎ 0201/708884

Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik
Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias

FRAUEN UND DIE RUSSISCHE OKTOBERREVOLUTION

- Eine Veranstaltung in Duisburg -

Am 17. Oktober fand in der Clauberghalle in Duisburg eine Veranstaltung in Erinnerung an die Errungenschaften der russischen Oktoberrevolution 1917 statt. Sie wurde von der Auslandsorganisation und hier schwerpunktmäßig der Frauenkommission von Bolsevik Partisan (einer revolutionären türkischen Organisation) durchgeführt.

Diese Partei rückte in letzter Zeit stärker in den Blickwinkel auch deutscher linker Gruppen und deutscher linker Frauengruppen, da sie neben dem Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Klassenherrschaft auch der Unterdrückung von Frauen und Mädchen den Kampf angesagt hat, und zwar sowohl gegenüber den herrschenden gesamtgesellschaftlichen Bedingungen als auch innerhalb der eigenen türkischen und kurdischen kommunistischen Reihen.

So hat Bolsevik Partisan auf ihrer letzten organisatorischen Konferenz einen Beschluß gefaßt, der Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen Kinder als unvereinbar mit der Parteimitgliedschaft bezeichnet.

Die Veranstaltung mit ihren zahlreichen Politik- und Kulturbeiträgen hatte sich kein nur propagandistisches Abfeiern der schon legendär gewordenen Revolution dieses Jahrhunderts zum Ziel gesetzt. Das wurde schon dadurch verhindert, daß dieses Mal Frauen die Regie der Veranstaltung übernahmen, die ganz entscheidende Fragen von ihrer Position als arbeitende Frauen und Mütter aus an diese Zeit und ihre Kämpfe richteten.

In einer Zeit, da die Ostblockstaaten zerfallen sind, die InitiatorInnen der sanften "Revolution" in der ehemaligen DDR nicht allein aus Gründen von mehr Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ihre protestierenden Stimmen erhoben, sondern auch, weil ein Mercedes-Benz und importierte Bananen attraktiver erschienen als gleicher Lohn für gleiche Arbeit, in einer Zeit, in der Bush das wirtschaftliche Embargo gegen das noch sozialistische Kuba weiter verschärft und AntifaschistInnen neben Todesdrohungen Särge in ihre Wohnungen geschickt bekommen, in solcher Zeit erscheinen Feiern auf eine große proletarische Revolution schon fast wie eine fossile Familienveranstaltung.

Etwa 250 Frauen, Kinder und Männer hatten sich aus Anlaß der Veranstaltung eingefunden, um aus der Sicht von Frauen



sich über die Errungenschaften und Kritikpunkte an der russischen Revolution zu informieren und darüber zu diskutieren. Nicht unerwähnt bleiben soll, daß Bolsevik Partisan - hervorgegangen aus einer Spaltung der TKP/ML - eine kommunistische Organisation von Türkinnen und Türken ist, die von ihrer politischen Tradition und der Geschichte ihres Landes her ganz andere Fragen und Erwartungen an eine Revolution stellt als die Linke in den hochkapitalistischen Ländern.

Von daher war die erste Theaterszene äußerst gelungen, die einen Bogen spannte von den frühen feudalen Verhältnissen in

Rußland zu denen in der Türkei und Nordkurdistan. Mehrere vom Kopf bis zu den Füßen verschleierte Frauen drehten sich wie Gebetsmühlen im Kreis, wobei sie monoton vor sich hinsprachen: "Betten machen, Wäsche waschen, Wäsche aufhängen, kochen, spülen, mit dem Typen schlafen, Kinder kriegen, Kinder erziehen, Prügel beziehen". Den anwesenden Gästen wurde es langsam zu langweilig, vielleicht auch zu mulmig, sie wußten nichts mit diesen passiven "Derwischen" anzufangen, schrien "jeter! jeter!" ("genug! aufhören!") in den Saal und wollten vermutlich an diesem Abend Spannenderes erleben. Die kreisenden Frauen blieben stehen, riefen: "Was ist los? Warum seid ihr so unruhig? Langweilt es euch, immer dasselbe zu hören? Haltet ihr das nicht einmal ein paar Minuten aus?" und verwiesen damit auf ihr gleichförmiges Leben als Frauen und Hausfrauen, das sie seit Jahrhunderten in einer Männergesellschaft führen. Vom Beginn dieser Versklavung zu Gebärmaschinen und Putzkolonnen ausgehend, versuchten die Veranstaltungsfrauen über Beiträge wie "Frau und Produktion", "Frau und Politik" sowie "Frau und Beziehung zu Mann, Ehe, Familie und gesellschaftlicher Moral" die Rolle ihres Widerstandes und die Errungenschaften aufzuzeigen, die sich für sie seit der russischen Revolution ergaben.

Nicht alles jedoch, was die Revolution an Errungenschaften brachte, konnte auch von allen Frauen genutzt werden. Auch wenn es herausragende Frauen wie Ines Armand oder Alexandra Kollontai gab, so war es nicht jeder russischen Bäuerin in den Schoß gefallen, eine zweite Ines oder Alexandra zu werden und ähnlich wie diese zu wirken.

Das wurde schon durch die wirtschaftlichen Bedingungen des Landes verhindert, durch die Weltkriegssituation, und entscheidend auch durch die Betonköpfe der die revolutionäre Situation mitbegleitenden Genossen.

Die Theaterstücke von **Alexander Newerow** (Bolschewiken-Marja) bzw. **Fjodor Gladkow** (Zement) machten dies plastisch deutlich.

Murksel schreit seine Ehefrau Marja, Rednerin bei den Bolschewiken, an: "Ich hack dir die Röcke kurz, wenn du dich weiter auf Versammlungen rumtreibst!". Und Gladkows roter Armist Tschumalow bekommt nach dem siegreichen Kampf Depressionen, weil seine Ehefrau Dascha



nicht mehr mit geöffneten Armen oder Beinen auf sein Wiederkommen gewartet und sich ähnlich wie ihre Mitstreiterin Marja auf Versammlungen und Konferenzen eine eigenständige und fortschrittliche Position erstritten hat. Stellenweise zeigt sich jedoch der ehemalige Gefährte einsichtig, wo er in sich zusammensinkt und bekennt: "Verflucht die Bourgeoisie. Die Seele hat sie uns vergiftet". Auf dieses Gift in Kopf und Verhalten ständig hinzuweisen - und zwar nicht nur bei den Herren Genossen, sondern den Frauen selbst - , war ebenso ein wesentlicher Bestandteil der sich anschließenden Diskussion. Diese wurde - und das bereicherte im internationalistischen Sinne diesen Abend - sowohl zwischen Türkinnen, Kurdinnen und deutschen Frauen geführt. Dabei war es dann auch nicht mehr von großem Belang, daß unter der Amtszeit Stalins viele für Frauen erstrittene Rechte wieder rückgängig gemacht wurden wie bspw. 1936 das Recht auf Abtreibung oder Anfang der 30er Jahre die Auflösung der Shenotdjels, in denen viele Frauen organisiert waren. Was weit aus mehr als die Vergangenheit unter den Nägeln und in den Köpfen brannte, war die jetzige, reale Situation von Frauen, die neben ihren beruflichen und politischen Tätigkeiten immer noch wie vor Jahrtausenden in ihre ausschließlich traditionellen Gebär- und Putzarbeiten gepreßt werden, und zwar in gemeinsamer Allianz von staatlicher Gesetzgebung, wirtschaftlicher Situation (besser: Rezession) und fort- oder nichtfortschrittlichen Ehemännern oder Geliebten. Eine türkische Frau sagte es sehr deutlich: "Ich will kein

Kind", und sie sah ähnlich wie damals Clara Zetkin die einzige Möglichkeit für Frauen, gleichzeitig Mutter und berufstätig zu sein, darin, Kinder außer Haus durch die (sozialistische) Gesellschaft aufziehen zu lassen. Andere Stimmen wehrten sich aber dagegen, da bisher eine von der Gesellschaft ausgehende Erziehung noch nicht bewerkstelligt werden könne und somit der nahe und vertrauenherstellende Bezug von Familie zum Kind empfindlich gestört werde. Von daher müsse die doppelte Belastung von erziehenden Frauen berücksichtigt werden, und dieser Appell richtete sich eindeutig an die verantwort-

lichen Väter und Männer, die "Gleichberechtigung von Frau und Mann" auf öffentlichen Kongressen fordern und unterzeichnen, aber sie zu Haus nicht in die Tat umsetzen.

Internationalismus besitzt vielfältige Aspekte, Imperialismus und Männerchauvinismus zu bekämpfen. Auf internationalistischen Frauenveranstaltungen wie dieser kann frau wie mann sehen, wie nah doch durch den kleinen gemeinsamen Nenner "Patriarchat" die ganz eigenen Interessen von Frauen liegen können, sich gemeinsam und solidarisch dieser "Besatzungsmacht" zu entledigen.

LANGER MARSCH GEGEN RASSISMUS UND FÜR GLEICHE RECHTE

- Eine Bilanz -

Presseerklärung (sprachlich leicht überarbeitet)

Die Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD (DIDF) und einige andere türkisch-kurdische Organisationen aus der Schweiz, den Niederlanden, Frankreich und Österreich riefen im März d.J. zu einem europaweiten Sternmarsch für gleiche Rechte gegen Rassismus und Faschismus auf. Dieser Aufruf wurde europaweit von über 200 Organisationen, Gruppen, Initiativen etc. (ca. 120 davon in Deutschland) unterstützt.

Der Marsch wurde am 19. September in Hamburg, Berlin, Wien, Genf, Rotterdam und Paris gestartet. Im Rahmen des Sternmarsches fanden in 83 europäischen Städten verschiedene Aktionen statt. Wenn wir eine Bilanz dieser örtlichen Aktionen ziehen, ergibt diese:

- über 50.000 Unterschriften für gleiche Rechte, gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit
- über 30.000 TeilnehmerInnen an den örtlichen Aktionen
- knapp eine Million verteilte Flugblätter in vier Sprachen
- über 100 Zeitungsberichte, Fernseh- und Rundfunkinterviews

- 82 Demonstrationen, über 50 Kultur-, Diskussions- und Informationsveranstaltungen
- über 100 Informationsstände und und und ...

Wir meinen, daß die Bedeutung dieser Aktion in der Wahl der aufgestellten Forderungen begründet ist. Heute sind die Tagesordnungen der Diskussionen um die Ausländer- und Asylpolitik mit Schlagworten wie "Das Boot ist voll", "Der unbremste Asylantenzustrom gefährdet den inneren Frieden", "Abschaffung des Art. 16 Grundgesetz" etc. besetzt. Auch die Kräfte, die sich solidarisch mit den AusländerInnen und Flüchtlingen erklären, gehen in die Defensive und versuchen nicht, die Diskussionsgrundlage zu ändern. In diesem Sinne war es unserer Ansicht nach sehr wichtig, die beiden Forderungen "Gleiche Rechte für alle!" und "Gegen Rassismus und Faschismus!" miteinander zu verknüpfen. Denn die rassistisch-faschistische Gefahr ist nicht nur ein Problem der AusländerInnen und Flüchtlinge. Vielmehr ist sie gegen alle demokratischen Kräfte gerichtet. Deswegen ist die Bekämpfung dieser Gefahr nur mit dem gemeinsamen Kampf

aller - also einheimischer und ausländischer demokratischer und antifaschistischer - Kräfte möglich. Dies wiederum kann nur erreicht werden, wenn sie auch gleichberechtigt sind - gleichberechtigt in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und nicht zuletzt politischer Hinsicht.

Dieser Gedanke lag dann auch zugrunde bei der Bestimmung der Forderungen wie:

- * Gewährung gleicher sozialer und politischer Rechte einschließlich des aktiven und passiven Wahlrechts auf allen Ebenen; Aufhebung aller Gesetze, die ein Hindernis davor darstellen, sowie Sicherstellung der Ausübung dieser Rechte.
- * Aufhebung aller Gesetze, die das Recht auf Organisierung und politische Betätigung für AusländerInnen einschränken.
- * Einstellung und Verbot aller demagogischen Aktivitäten von faschistischen, rassistischen Organisationen, die die AusländerInnen als Verantwortliche allen Übels darstellen.
- * Bestrafung der Verantwortlichen von rassistischen Übergriffen - gleichgültig ob sie Schlips, Kragen und Diplomatengkoffer tragen oder ob sie Molotow-Cocktails schleudern.

Zu kritisieren ist allerdings, daß wir nur eine spärliche Unterstützung von deutschen Gruppen, Organisationen, Initiativen etc. bekamen. Auch von den meisten der Gruppen, die den Aufruf unterzeichneten, hätten wir mehr Unterstützung erwartet. Mut machte uns aber das Interesse der Öffentlichkeit. So war es keine Ausnahmeerscheinung, wenn sich PassantInnen den Demonstrationen anschlossen.

Wie berechtigt die einzelnen Forderungen waren, zeigte uns das Verhalten des französischen Innenministeriums. Die Marschgruppen sollten am 1. Oktober in Straßburg zusammenkommen und am nächsten Tag nach Brüssel weiterfahren. Die für die Einreise nach Frankreich nötigen Sammelvisa, die im Vorfeld beantragt und zugesagt wurden, wurden schließlich doch nicht ausgestellt. Ein Sprecher der Grenzbehörden teilte den TeilnehmerInnen am Sternmarsch mit, daß der französische Innenminister sie angewiesen habe, den DemonstrantInnen die Einreise zu verweigern. Auch die DemonstrantInnen aus Straßburg wurden von massiven Polizeikräften an der Ausreise aus Frankreich gehindert. So

konnten wir erneut sehen, wie hoch die Mauern der Festung Europa sind und sein werden, wenn es ein "Vereinigtes Europa ohne Grenzen" gibt.

Der europaweite Sternmarsch endete nun mit einer Demonstration am 3. Oktober in Brüssel, an der über 700 Menschen teilnahmen. Für uns war es jedoch nur eine Etappe im antifaschistischen Kampf. Jetzt kommt es darauf an, daß die Erfahrungen und Erkenntnisse daraus **im gemeinsamen Kampf aller antifaschistischen Kräfte** verwertet werden können.

DIDF wird in etwa zwei Monaten eine umfangreiche Dokumentation und einen Videofilm über die Aktion herausbringen. Der Umfang bzw. Preis der Dokumentation steht noch nicht fest. InteressentInnen können sich melden bei DIDF, Stichwort "Sternmarsch", Jägerstr. 77, 4100 Duisburg 11, Telefon: 0203/53289, Fax: 0203/53801.

Mit solidarischen Grüßen
Duisburg, den 27.10.1992
DIDF-Bundesvorstand

Aus der Türkei ★ ★ ★ ★ ★ Aus Türkei-Kurdistan ★ ★ ★ ★ ★ Aus der BRD

Tatsachen

Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

2monatige Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)

Beiträge zu den Themen

- AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
- Probleme der Antifa-Arbeit
- Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan
- aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan
- kulturelle Aktivitäten
- internationale Solidarität
- und vieles mehr...

Einzelpreis: DM 2,50 + Porto
Abonnementbedingungen:
 10 Nummern 20,- DM + Porto
 20 Nummern 40,- DM + Porto

Zu bestellen bei:
DIDF
Jägerstr. 77
4100 Duisburg 11

DEBATTE

WIDERSTANDSFORMEN GEGEN SEXISMUS

Am Montagabend, dem 26.10. 92, befand sich eine unserer AntifaZ-RedaktionsFrauen mit der Straßenbahn auf dem Weg nach Hause. Als sie ausstieg, um zur nächsten Bushaltestelle zu wechseln, wurde sie summend von einem Mann verfolgt, der sie um Zigaretten anquatschte. Obwohl sie auf diese Art der Anmache nicht reagierte, verfolgte er sie weiter, und obwohl sie den Mann anschrie, rückte er ihr auf Handkontakt näher und beleidigte sie mit obszönen Worten. Widerstand, und zwar handgreiflicher, von ihrer Seite gegen diese Form der sexuellen Nötigung scheiterte allein an der Tatsache und den Erwägungen, daß einerseits der Belästiger ein Schwarzer war und die Belästigte in der Flüchtlingspolitik arbeitet, zum anderen daran, daß die Umstehenden nichts von der Belästigung mitbekommen wollten. Unsere belästigte Kollegin, die nahe daran war, auf den Belästiger einzuschlagen, fühlte sich, wie sie sagt, nicht allein durch den Umstand machtlos, daß sie von einem Mann bedroht wurde, sondern darüberhinaus durch die schweigende, akzeptierende und möglicherweise selbst verängstigte Mehrheit der MitpassantInnen. Neben dem Umstand, daß sie den Belästiger abwehren mußte, gingen ihr die Ereignisse in Hoyerswerda, Rostock, Greifswald durch den Kopf und daß, angesichts der schweigenden Mehrheit, die die Belästigungen nicht wahrhaben wollte, ihre handgreifliche Abwehr als rassistischer Überfall auf einen Schwarzen interpretiert werden könnte. Diese Faktoren zusammengenommen bewirkten ihre Handlungsunfähigkeit.

Selbstverständlich, und das ist die Schwierigkeit anti-rassistischer und antisexistischer Politik, soll dieses Beispiel nicht in die falschen "Kanäle" geraten, die es benutzen, um darauf ihre rassistischen "Ausländer raus"-Argumente aufzubauen. Dieses Beispiel ist auf jeden Mann, ob Weißer oder Schwarzer, bezogen verallgemeinerungsfähig. Wer jedoch die derzeitige faschistische Hetze in die Überlegungen antisexistischen Widerstands miteinbezieht, stellt schnell fest, daß sowohl in der theoretischen Diskussion als auch im praktischen Umgang damit Tabu- und handlungsunfähigmachende Grauzonen auftauchen. Sowohl dies Tabuisieren als auch die Häufigkeit der Handlungsunfähigkeit in der konkreten Situation - hier belästigender Nichtdeutscher und dort belästigte (politische) Frau (ob mit deutschem oder anderem Paß) - sind aber im Grunde keine Seltenheit.

Ähnliche Ereignisse wie das oben dargestellte sind in der Vergangenheit schon häufiger vorgekommen, aber sie werden unter Argumenten wie "wir wollen nichts gegen Ausländer sagen" oder wie "die Grenzen verlaufen nicht zwischen Mann und Frau, sondern zwischen oben und unten" zu Tode diskutiert, ohne denjenigen, die belästigt oder bedroht werden, konkrete Unterstützung zu gewähren. Sollte frau sich aber organisieren, um alleine oder gemeinsam den Belästigern in die Eier zu treten, dann fängt hinterher das Lamento an. "Die Frauen waren zu brutal" oder "die Feministinnen schlagen jetzt schon ausländische Männer zusammen!" - das alles wurde schon im Nachhinein behauptet.

Schon einmal fand, in einem Bochumer antifaschistischen Plenum, eine kurze Diskussion zu diesem Thema statt. Hintergrund war, daß unsere Redakteurin von ei-

ner Demonstration zurückkam, die sich gegen die Übergriffe auf Flüchtlingsheime wandte. Von dort wurde sie von einer Gruppe von Männern verfolgt, die ihr in gebrochenem Deutsch Beleidigungen und Bedrohungen hinterherriefen wie "der solle man besser ein Kind machen". Auch damals ging ihr durch den Kopf, entweder diese Gruppe anzugreifen oder sich angesichts der belästigenden Mehrheit schnellstens aus der Gefahrenzone zu bewegen, was sie letztlich tat.

Mit der Flucht zu ihrer eigenen Sicherheit war sie aber keineswegs zufrieden, sondern sie bdauerte lange, daß ihr keine andere Handlungsfähigkeit übrigblieb. Die Diskussion über diesen Vorfall versandete letztlich; ihr Inhalt, der Protest gegen den Sexismus eines "Klientels" (der Begriff ist von daher oft korrekt, denn nicht jeder Flüchtling ist auch ein potentieller Antifaschist) wurde als "bedauerlicher gesellschaftlicher Tatbestand" hingenommen, jedoch keine Strategie gegen diesen "bedauerlichen Tatbestand" entwickelt. Auch an der Sitzung teilnehmende antifaschistische Genossen aus dem Ausland hörten sich das alles nur an und wußten nichts auf die Kritik zu sagen, warum sie in der langjährigen politischen Auslandsarbeit in Deutschland nichts gegen den ("landesüblichen") Sexismus öffentlich zur Sprache gebracht hatten.

Ein anderes Beispiel zeigt eine ähnliche Schwierigkeit im Umgang mit Sexismus, auch wenn das Beispiel auf den ersten Blick gar nicht vergleichbar scheint. Wir haben es vom Hörensagen mitbekommen, aber in ihm spiegelt sich die gleiche Handlungsunfähigkeit wider, wie sie schon beschrieben wurde. Eine Frau, ehemaliges DKP-Mitglied und jetzt in der Gewerkschaftsarbeit tätig, unterhält

sich im Zug mit einem Mann, der aus Afrika stammt. Sie hat in der Vergangenheit häufiger die ehemalige DDR besucht, er hat dort studiert. Beide besitzen ein gemeinsames Interesse daran, sich über ihre Erlebnisse in der ehemaligen DDR auszutauschen. Eine ältere deutsche Frau kommt mit einem Mal auf die beiden zu und beschimpft die Gewerkschaftsfrau, weil sie sich "mit einem Schwarzen" unterhält. Zusätzlich merkt die Schimpfende an, daß es die Gesprächspartnerin mit ihrem Gespräch wohl darauf abgesehen habe, "nur mit dem Schwarzen schlafen" zu wollen.

Im Grunde genommen hätte auch diese "feine ältere Dame" eine Ohrfeige verdient, und so ähnlich dachte die Gewerkschaftsfrau vielleicht, unterließ es aber, weil ihr vor Überraschung der Atem stockte, und vielleicht auch, weil ihr einfiel, daß es sich ja als Frau "nicht gehört", Frauen, d.h. die potentiellen Schwestern, zu ohrfeigen. Als die Gewerkschafterin dies Beispiel ihren Kollegen erzählte, meinte einer von ihnen abfällig, in Anspielung auf das Alter der Belästigerin: "Die war ja so alt wie du!". Diesem Kollegen hätte ebenfalls "eins aufs Auge gehört!" - aber die Frauen sollen doch nicht so humorlos sein, wird dann beleidigt gemunkelt.

Dies dritte Beispiel läßt auch deutlich werden, daß sich frau mittlerweile nur noch abwehrend schlägernd durch die Gesellschaft bewegen kann. Darauf haben Frauen jedoch nicht immer Lust, sich auf dem gesellschaftlichen Parkett ständig wie in sportlichen Trainingsräumen zu bewegen. Mit aller Sicherheit wird hier aber ebenso deutlich, daß im Gegenteil **die Belästiger nicht so humorlos reagieren sollen, wenn ihnen mittlerweile immer öfter ein Tritt zwischen die Beine oder ein Schlag aufs Auge passiert** - seien sie Arbeitskollegen, politische Genossen, rassistisch Unterdrückte oder sexistische MoralistInnen.

Ein letztes Beispiel soll verdeutlichen, daß es endlich an der Zeit ist, daß sich Antifaschistinnen und Antifaschisten öffentlich zum Thema "Sexismus" und Gewalt an Frauen äußern müssen. Unsere Redakteurin wurde darüber informiert, daß sich nur zwei Autostunden von uns entfernt ein junges türkisches Mädchen vergiftet hat. Als ihre Leiche gefunden wurde, wies sie zahlreiche Verletzungen auf. Das Mädchen war, bevor es sich selbst tötete, von ihrem Vater "gezüchtigt" worden. Die Ermitt-

TERRE DES FEMMES

Frauen werden überall auf der Welt in ihren Menschenrechten verletzt:

- um** ihre Freiheit durch Vorurteilen, Tabus, Schleier und die guten Sitten
- um** ihre Entwicklung durch Benachteiligung in Ausbildung und Beruf
- um** ihre Individualität durch Erziehung zur Unmündigkeit und Unterwerfung
- um** ihre körperliche Integrität durch die Verstümmelung der Geschlechtsorgane
- um** ihre Würde durch die Darstellungen in den Medien. Wir arbeiten dagegen.
- Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitarbeit, Spende oder Fördermitgliedschaft.

Post giro Hamburg
Kontoknummer 15 10 60 - 204
BLZ 250 100 20
Spenden sind steuerlich absetzbar.
Nähere Informationen bei:



TERRE DES FEMMES e.V.,
Menschenrechte für die Frau
Postf. 2531, 7400 Tübingen
Telefon 070 71/ 242 89

Anzeige

Jonglieren
Fahrräder
Theater
Artistik
Kunst

balance. Nichts sonst.

Kortumstraße 5 · 4630 Bochum 1 · Tel.: 0234 - 120 51/52 · Fax: 0234 - 6 44 80

lungen der Staatsanwaltschaft laufen nur schleppend. Es scheint, daß man nicht zu viel Staub aufwirbeln möchte. Die Eltern des Mädchens sind traditionell und relativ wohlhabend; ihren Wohlstand verdanken sie z.T. den Einnahmen aus dem Drogengeschäft. Lehrerinnen bzw. Sozialarbeiterinnen, die sich schon um den Fall des Mädchens kümmerten, wurden mittlerweile die Autoreifen aufgeschlitzt. Durch solche Methoden sollen sie eingeschüchtert und die Ermittlungen ins Stocken gebracht werden. Es ist verständlich, daß diesen Helferinnen mittlerweile ihre Arbeit "zu heiß" wird und sie sich in Zukunft überlegen, ob sie sich weiterhin an der Aufarbeitung beteiligen, wie die Gewalt eines Vaters aufgrund sexistischer Ehrvorstellungen ein junges türkisches Mädchen in den Tod trieb.

Wir möchten deshalb als dem Naheliegendsten dazu aufrufen, sich **von keinem Sexisten und Rassisten etwas gefallen zu lassen**. Wir müssen uns mit dem Widerstand von Frauen gegen jegliches sexistische Handeln solidarisieren und dürfen nicht einfach danebenstehen und passive/n ZuschauerIn spielen. Zum Thema "Sexismus" müssen nicht nur von Frauen Positionen und Strategien entwickelt werden, sondern auch vom Antifaschismus selbst. Die Unterdrückung türkischer, kurdischer, schwarzer oder südostasiatischer Frauen ist ebenso wenig mit "landesüblich" zu entschuldigen wie die Unterdrückung weißer Frauen, die Flüchtlinge unterstützen, sich mit ihnen unterhalten oder mit ihnen sonstwie zusammenleben.

Antifaschistische Organisationen aus dem Ausland müssen sich ebenso wie die deutschen antifaschistischen Organisationen den Vorwurf gefallen lassen, in **Bezug auf eine antisexistische Politik** und die Entwicklung antisexistischer Kampfformen nach innen wie nach außen **versagt** zu haben. Jetzt, wo die Stimmungen in ganz Europa an allen Stellen aufgeheizt sind und sich die Nationen aufgrund irgendwelcher Führungsansprüche gegenseitig bekriegen, wird ein Großteil dieses Kriegsschauplatzes auch an den Körpern von Frauen abreagiert. Und obwohl auch die momentane politische Situation verstärkt durch faschistische Übergriffe aufgeladen ist, geht es nicht, wie von immer und altersher darum, zwischen Haupt- und Nebenwidersprüchen zu unterscheiden. Wenn wir nämlich nicht anfangen, auch den Kampf gegen alltäglichen Sexismus in unsere antifaschistischen Kämpfe miteinzubeziehen, sind **wir selbst daran mitschuldig, daß sich die Widerstandskräfte im Kampf gegen Faschismus und Rassismus schmälern**. Frauen ziehen sich zunehmend aus einer gemeinsamen antifaschistischen Arbeit zurück, einer "gemeinsamen" Arbeit, deren "Gemeinsamkeitsideologie" ständig von männlichen Interessen dominiert wird und in der sie sich in keinsten Weise wiederfinden, sondern darüberhinaus totgeschwiegen und -diskutiert werden.

Wenn wir den Kampf gegen alltäglichen Sexismus nicht in unsere antifaschistischen Kämpfe miteinbeziehen, sind wir ebenso **mitschuldig daran, daß wir denjenigen zuarbeiten, die "Ausländer raus"-Pa-**

rolen brüllen, weil mit dem "raus" nämlich auch ein realer Teil von Frauen bedrohenden Sexisten verschwände. Wir haben dann nämlich nicht verstanden, daß ein Teil dieser Stimmen nur "(Belästiger)Männer-raus!" meint und ein weiterer Teil von Schweigenden sich vor langer Zeit einmal mit allen fortschrittlichen Menschen "gemeinsam" etwas Besseres vorstellte, als ständig unterdrückt, belästigt und bedroht zu werden und mittlerweile nur noch (in doppeldeutiger Hinsicht) zurückzu-"klatschen". So haben es bislang - wer schon mal in antifaschistische Treffen hineingerochen hat, sieht das mit einem geschulten Blick, der auf zehn anwesende Männer und 0,0 bis 1 Frau fällt antifaschistische Arbeitsgruppen bis zum heutigen Tag versäumt, gezielt Frauen und ihre Interessen in ihre Arbeit einzubeziehen und sich gezielt mit Frauen und ihren Interessen auseinanderzusetzen. Antifaschismus ist zu einer sowohl männerbündischen Kampfarena als auch intellektuellen Diskussionsrunde verkommen. Die Motive derjenigen Frauen, die bspw. abends nach ihrer Fließband- oder Angestelltenarbeit nur mal "in der Disco sexy abrocken" und "endlich dabei nicht mehr von Ausländern angegrapscht werden" wollen, tun sie schlichtweg mit "rassistisch" und "ausländerfeindlich" ab, anstatt zu versuchen, diese Stimmen durch Diskussion auf ihre Seite zu ziehen in einem gemeinsamen und konkret werdendem Kampf sowohl gegen Rassismus als auch gegen Sexismus.

Redaktion der AntifaZ

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

4350 Recklinghausen

Tel: 02361 / 26 345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen

Tel: 02361 / 21 686

Redaktionssitzung:

Donnerstag, 19. - 20.00 Uhr.

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Recklinghausen

BLZ: 426 500 30

Kto.-No.: 1 000 229 38

Auflage: 1000

Druck: Deniz Druck & Verlag, Duisburg

Mitgewirkt haben:

Wolfgang E., Karsten Sch., Siegfried H., Wolfgang D., Ingrid und Falko W., Christian K.,

Klaus D., Thea A. St., Antje Sch., Wolfgang T.,

Zenel H., Thorsten Th.

In eigener Sache:

Unsere Redaktion hat seit November **zwei Konten**, weil wir in Zukunft die Rechnungen an unsere KäuferInnen eindeutig von den Rechnungen unserer Anzeigenkunden trennen wollen. Dies sieht dann folgendermaßen aus:

A Alle AbonentInnen, Buchläden, etc. bezahlen in Zukunft auf folgendes Konto:

Klaus Dillmann

Sparkasse Bochum

Kto.Nr.: 414 001 69

BLZ: 430 500 01.

B Alle Anzeigenkunden zahlen in Zukunft auf das Konto:

Wolfgang Englisch

Stadtsparkasse Recklinghausen

Kto.Nr.: 1 000 229 38

BLZ: 426 500 30.

AKTIONEN GEGEN RASSISMUS UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

In den vergangenen Wochen haben sich erfreulicherweise die Aktionen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit wieder verstärkt. Zahlreiche Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen fanden statt. Stellvertretend für viele berichten wir von zwei erfolgreichen Solidaritätsveranstaltungen.



Albanischer Kulturabend in Herten

Am 17. September veranstalteten im Herten Jugendzentrum-Nord der Antifaschistische Bund und der Demokratische Bund des Kosovo einen "Albanischen Kulturabend".

In einer großen Zahl von Tanz- und Gesangsvorführungen begeisterten junge albanische Künstler, teilweise Flüchtlinge und AsylbewerberInnen aus dem **Kosovo**, teilweise albanische Jugendliche, deren Familien seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik leben. Etwa 80 Besucher waren trotz des verspäteten Beginns zufrieden mit dem gelungenen Abend.

Ein albanischer Schüler aus Lünen kommentierte die Geschichte der albanischen Kultur als Spiegelbild des jahrhundertelangen Kampfes des albanischen Volks gegen fremde und eigene Unterdrücker.

Nach einem Beitrag eines AFB-Vertreters über die herrschende Politik in Deutschland gegenüber Flüchtlingen und AsylbewerberInnen gab es noch eine lebhaft Diskussionsunter den Anwesenden, wie in-

ternationale Solidarität gegenüber den Völkern auf dem Balkan aussehen könne. Die Vertreter des Demokratischen Bundes des Kosovo wiesen daraufhin, daß die Albaner im Kosovo bisher trotz aller Unterdrückung und Schikanen seitens der serbischen Besatzungsmacht am Weg des friedlichen Widerstands festgehalten haben. Man war sich aber auch einig, daß das Faß kurz vor dem Überlaufen war, und es gibt inzwischen auch Stimmen, die von dem Zwang sprechen, sich mit Waffengewalt zur Wehr zu setzen.

Vertreter des AFB riefen dazu auf, in Europa wirksamen Druck auf die Regierungen auszuüben, daß zumindest die Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfen für die nationalistischen Verbände Serbiens und Kroatiens unmittelbar eingestellt werden müssen.

Zum Schluß wurde vereinbart, daß weitere ähnliche Solidaritätsveranstaltungen stattfinden sollen.



Antirassistische SchülerInnenaktion in Waltrop

Am 10. Oktober fand in der Waltroper Innenstadt eine Aktion von SchülerInnen statt, die breite Beachtung und gute Unterstützung fand. Etwa hundert Menschen hatten sich eingefunden, Vertreter der OrganisatorInnen, von amnesty international, von den Grünen, der SPD und eine Frau vom Roten Kreuz sprachen, teilweise spontan, auf der Kundgebung.

Hatten Vertreter der OrganisatorInnen berechtigterweise auch die ausländerfeindlichen Äußerungen des Dattelner SPD-Rechtsaußen Niggemeier kritisiert, beiläufige sich der SPD-Vertreter hervorzuheben, hier gehe es um die gemeinsame Absage an die Gewalt, und da hätten "parteilpolitische Aussagen" keinen Platz.

Obwohl aus Bemerkungen in der weiteren Umgebung der Kundgebung durchaus herauszuhören war, daß keineswegs nur Ausländerfreunde anwesend waren, trauten sich die Rechten aber nicht, lautstark in Erscheinung zu treten. Der Eindruck einer breiten Gemeinsamkeit gegen Rassismus und neofaschistische Gewalt war erstaunlich stark. Erfreulich, daß dann auch eine Frau vom Roten Kreuz spontan das Wort ergriff, die Kundgebung begrüßte und darauf verwies, daß das Waltroper Rote Kreuz mit dem Erlös der verkauften Erbsensuppen Waltroper ausländische Kinder unterstützt.

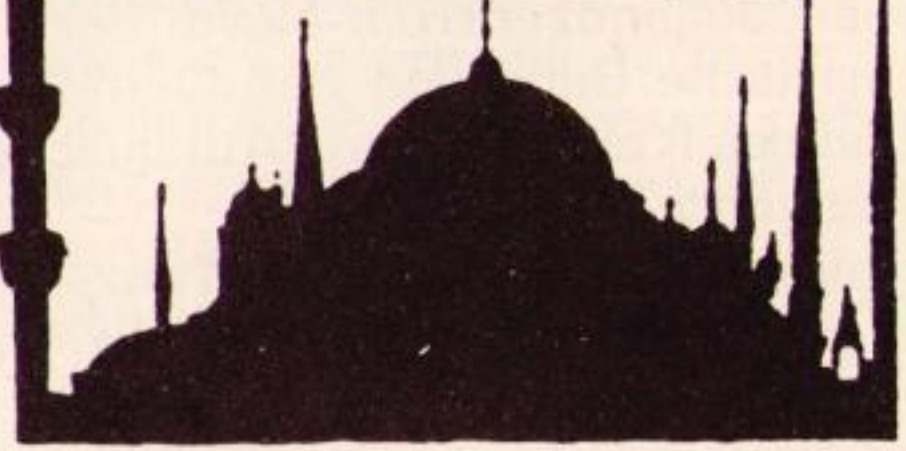
Auch hier wurde deutlich gemacht, daß dies keine einmalige Aktion sein sollte, sondern in Zukunft regelmäßig antirassi-

stische Aktionen stattfinden sollen. Um dies zu organisieren, bildet sich zur Zeit in Waltrop eine neue antifaschistische Jugendinitiative.

Anzeige

KÜCHE AUS 1001 NACHT GENIEßEN

KOKILE



Original türkische Küche

Bochum, Südring 24
Tel. 666 11
geöffnet
Montags bis Sonntags
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
nachts

RAUSCHKULTURFEST IN KREFELD

Das Rauschkulturfest am 15. September in Krefeld hat stattgefunden, konnte aber erst nach hartem juristischen Gerangel mit der Stadt Krefeld durchgesetzt werden. Die örtliche Presse schoß sich im Vorfeld auf die Kriminalisierungsversuche seitens der Stadt ein. So schrieb die WZ beispielsweise: "Wenn Musikgruppen namens 'The stoned Bifis' (locker übersetzt: 'Zugedröhnte Würstchen') oder 'Do in 2' ('Tu dir zwei rein') für eine Veranstaltung in der Innenstadt angekündigt werden, dann kann man einiges ahnen."

Wir dokumentieren im folgenden einen Bericht des ehemaligen Projektladens Querbeet über Vorgeschichte und Verlauf des Rauschkulturfestes.

Anfang Juli 1992 meldeten wir das geplante **Rauschkulturfest** ordnungsgemäß beim Tiefbauamt in Krefeld an. Obwohl wir damit gerechnet hatten, daß die Behörden dieses als Provokation ansehen würden, stießen wir erstaunlicherweise auf keinen Widerspruch.

Anfang August erhielten wir die schriftliche Genehmigung für das Fest, mit der bisher noch nie geforderten Auflage, einen KLOWagen zu stellen.

Doch dann erhielten wir plötzlich am 7.9. den nun von uns unerwarteten Widerruf der Sondernutzungserlaubnis der Stadt. Genau fünf Tage vor dem Fest.

Die Begründungen für den Widerruf wurden wörtlich so formuliert:

- Es sei bei ähnlichen Festen am 25. 8. 1990 sowie im Herbst 1991 zu "erheblichen Auswüchsen gekommen"
- "Unter anderem sollen junge Leute aus der Drogenszene angelockt worden sein, und sich vor den Augen von Kindern und Jugendlichen "Drogen" gespritzt haben"
- "Im übrigen glich die gesamte Anlage der Veranstaltung einem "Schlachtfeld" aus Papier, liegengelassenen Kleidern und Unrat".

Sofort setzten wir uns mit einem Anwalt in Verbindung

Erst am Donnerstag, dem 10.9., erhielten wir einen Termin, um noch am gleichen Tag eine einstweilige Anordnung beim Verwaltungsgericht in Düsseldorf einzureichen.

Am Freitag, also genau einen Tag vor dem Fest, bekamen wir handschriftlich die Genehmigung für die Veranstaltung.

Die Stadt Krefeld mußte die Gerichtssowie die Anwaltskosten in Höhe von 6000,- DM übernehmen.

Das finanzielle Problem mit der Auflage des vorgeschriebenen Klowagens lösten wir, indem wir uns schriftlich Genehmigungen zur öffentlichen Klonutzung von nahegelegenen Kneipen und Pommesbuden aushändigen ließen.

Also konnten wir trotz aller Schwierigkeiten und zum Ärgernis der Stadt das geplante **Rauschkulturfest** durchführen.

Das Fest wurde nicht der Erfolg, der es hätte sein sollen.

Die Resonanz entsprach nicht unseren Vorstellungen.

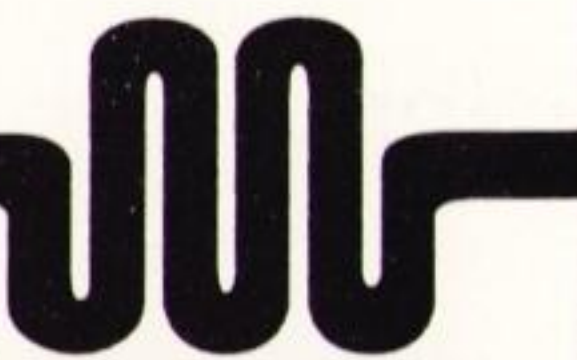
Wir haben die Erfahrung gemacht, daß es besser wäre, wenn solche Aktionen in mehreren Städten, wenn möglich bundesweit, parallel laufen würden.

So wäre das Ziel der **Egalisierung von Cannabis** bei weitem realistischer.

Anzeige

Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH

Planung und Montage
 umweltfreundlicher Energiesysteme
 Heizung, Elektroinstallation, Sanitärinstallation



z.b. Solaranlagen

Für Warmwasser
und Stromerzeugung

denn: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Karl-Hermann-Straße 14 · 4352 Herten · Tel.: 0 23 66 / 4 39 65

PROTEST GEGEN RÜHE

Auf Einladung der Jungen Union kam am 30.10. der Bundesverteidigungsminister Volker Rühe nach Dortmund, um an einem "Talk im Museum" an der Hansastraße teilzunehmen. Weitere Teilnehmer waren u.a. der Expräsident von Borussia Dortmund Dr. Reinhard Rauball, der Dortmunder IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Walter Aden, Dortmunds Polizeipräsident Wolfgang Schulz sowie einige Sportgrößen. Man hatte sich offenbar auf ein gemütliches Plauderstündchen im trauten Kreise eingerichtet, bei dem von einem Privatfernseher aus dem dummen Wählervolk ein "menschlicher" Kriegsminister präsentiert werden sollte. So ganz gelang das freilich nicht, denn der hohe Gast aus Bonn traf mit erheblicher Verspätung ein, da vor dem Museum rund 500 Demonstrierende meist kurdischer und türkischer Nationalität sowie eine kleine Anzahl an Deutschen aufmarschiert waren, um gegen die offizielle Wiederaufnahme der Waffenlieferungen an die Türkei zu protestieren. Relativ stark vertreten war dabei der Demokratische Arbeiter- und Jugendverein

Dortmund. Rühe war rechtzeitig gewarnt worden und konnte das Ende der Demonstration abwarten. Die Demonstrierenden trugen unter anderem ein großes Transparent bei sich und brachten es über dem Eingang zum Museum an. Darauf abgebildet war ein deutscher Panzerkampfwagen der türkischen Armee, der den gefesselten ARGK-Kämpfer Mesut Dündar zu Tode schleifte. Darüber stand der Text: "Made in Germany." Geladene Gäste mußten sich unter vielstimmigen Rufen wie "Schluß mit dem Völkermord in Kurdistan!", "Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt!", "USA und NATO raus aus Kurdistan!", "Deutschland: internationale Völkermordzentrale!" von der mit mehreren VW-Bussen angestückten Polizei eine Gasse durch die Demonstration bahnen lassen, die auch von innen her "ungebetenen Gästen" den Einlaß verwehrte. Etwa eine Stunde nach dem offiziellen Beginn der Veranstaltung verließ die Demonstration den Ort und machte vor dem Hauptbahnhof eine Schlußkundgebung. Leider war es nicht gelungen, sich unter

die offenbar größtenteils aus älteren Damen und Herren bestehende Zuhörerschaft im Museum zu mischen, um von dort aus dem Minister die Meinung sagen zu können. Laut Lokalpresse verlief die "Talk Show" ungetrübt.

Als ein indirektes Schuldeingeständnis der deutschen Regierung kann man die Tatsache werten, daß Innenminister Seitzers sich wieder mal um den zwischenzeitlich heimlich, still und leise außer Kraft gesetzten generellen Abschiebestopp von Kurden bemühen will, wobei das Wort "Asyl" peinlichst vermieden wird. Diese Schuld gilt es öffentlich zu machen. Zu verlangen ist insbesondere die vorbehaltlose Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des kurdischen Volkes, die erneute Einstellung der Waffenlieferungen an die Türkei und die Bestrafung der für deren Wiederaufnahme Verantwortlichen nach dem immer noch geltenden Strafgesetzbuch.

KD



ANZEIGE

Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •
 • 4350 Recklinghausen •
 • Tel. 02361-17002 •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00